

Allgemeine Oder-Zeitung.

N^o 238.

Breslau, Mittwoch den 11. Oktober

1848.

An die Abonnenten der stenographirten Berichte der Verhandlungen der National-Verfassungen in Berlin und Frankfurt a. M.
Heute erscheint der 10—14. (460—464.) Bogen des 16. Abonnements von 30 Bogen: Berlin Bogen 206, 207. Frankf. Bogen 255—257.

Preußen.

Berlin. [Nationalversammlung.] Sitzung am 9. Oktober. Grabow präsidiert. Das Protokoll wird verlesen und nachdem ein Schreiben des Ministeriums mitgeteilt, mit welchem eine Gesetzbildung, die Abänderung der §§ 151 u. ff. des allgem. Landrechts Tit. 20, Th. 11. betreffend, überreicht wird. Das Gesetz wird der betreffenden Fachcommission überwiesen.

In Betreff des Bürgerwehr-Gesetzes wird von dem Berichterstatter der Central-Abtheilung bemerkt, daß der § 7 des Bürgerwehr-Gesetzes vor Emanirung der Verfassung nicht in Kraft treten könne; er verlangt die Beschlußnahme der Versammlung. Von der Linken (Temme, Waldeck, Stein, Eisner u. A.) wird Einspruch dagegen erhoben, daß die Central-Abtheilung das Gesetz verändere, sie sei nur zur Redaction des bereits beschlossenen berufen. Stein meint, wenn man alles Unpraktische suspendiren wolle, würde er rathen, das ganze Gesetz zu verwerfen. Der Präsident theilt auf die Anregung Eisners mit, daß aus Breslau eine Deputation eingetroffen sei, welche eine Petition von 62 Compagnien der dortigen Bürgerwehr übergeben habe, in welcher um Verwerfung des ganzen Gesetzes gebeten werde. Eben so sei von dem Abg. Waldeck eine Petition mehrerer Compagnien der Berliner Bürgerwehr übergeben worden, in welcher der gleiche Wunsch ausgesprochen werde. Für den Antrag der Central-Abtheilung, die Suspendirung des § 7 betreffend, sprechen Jonas, v. Plönies und Moritz. Minister des Innern Eichmann bemerkt: Nachdem man das Bürgerwehr-Gesetz angenommen, werde jetzt ein Vorschlag gemacht, der im Wesentlichen nichts ändere; er empfehle denselben im Interesse des Gesetzes, daß von der Majorität der Versammlung hochgeachtet werde. (!!!) Die Versammlung beschließt die Suspendirung des § 7 bis zur erfolgten Emanirung der Verfassung. Die Central-Abtheilung beantragt noch den Wegfall der Zusätze zu §§ 104 und 105 des Gesetzes. Die Majorität der Versammlung entscheidet, daß der Zusatz zu § 104 („Anzeigen von Disziplinär-Vergehen des Obersten werden dem Gemeindevorstand eingereicht“) weg falle. Mehrere demnächst von Wachsmuth und Dierschke beantragte Veränderungen des Bürgerwehr-Gesetzes werden nach dem lauten Einspruche der Versammlung zurückgezogen. — Der Präsident erklärt: daß er die alten Tages-Ordnungen der Prioritäts-Commission übergeben habe. Verschiedene, noch nicht bearbeitete Anträge werden demnächst, da sie durch die Zeit erlegt, von den betreffenden Abgeordneten zurückgezogen.

Von Jacoby, Temme und d'Estier ist folgender Antrag eingegangen: Die hohe Versammlung möge den nachstehenden Gesetzborschlag an die Fachcommission für Justizreform zur schleunigen Verathung und Berichterstattung überweisen:

- Art. 1. Die §§ 36 und 939 im 2. Thl. I. Tit. des allgem. Landrechts werden hierdurch aufgehoben.
- Art. 2. Ebenfalls werden hierdurch aufgehoben die §§ 30—33 einschließlich und 940 Thl. 2, Tit. I. des allgem. Landrechts.
- Art. 3. Das gegenwärtige Gesetz findet auch auf diejenigen Ehen Anwendung, welche vor dem Erlaß desselben bereits geschlossen sind.

Der Gesetzborschlag wird von den Antragstellern in folgender Weise motivirt: Es verordnet das allgem. Landrecht in seinem 2. Thl. I. Tit.: § 36. Ein Christ kann mit solchen Personen keine Heirath schließen, welche nach den Grundsätzen ihrer Religion sich den christlichen Ehegesetzen zu unterwerfen gehindert werden. § 939. Ehen, bei denen der Unterschied der Religion ein gesetzliches Ehehinderniß ausmacht (§ 36), sind nichtig. — § 30. Mannspersonen von Adel können mit Weibspersonen aus dem Bauer- oder geringeren Bürgerstande keine Ehe zur rechten Hand schließen. — § 940. Ehen, welche die Gesetze wegen Ungleichheit des Standes verbieten, werden, wenn sie ohne die erforderliche Dispensation dennoch geschlossen werden, für nichtig angesehen (§§ 30—33). — Die §§ 31, 32, 33 enthalten Vorschriften zur Feststellung des Begriffs des gemeinen Bürgerstandes, so wie über die in einzelnen Fällen zu ertheilenden Dispensationen. Die §§ 36 und 939 sind neuerdings von den Gerichtshöfen in der Art ausgelegt worden, daß auf Grund derselben faktisch bestehende Ehen zwischen Christen und Juden für nichtig erklärt worden sind. Gegen die §§ 30 und 940 wird selbst in der jüngsten Zeit vergeblich durch Dispensionsanträge Schutz gesucht. — Die sämtlichen angezogenen Gesetzstellen stehen in einem schneidenden Widerspruch mit dem sittlichen und politischen

Bewußtsein unserer Zeit. Es ist dringend nothwendig, daß dieser Widerspruch beseitigt werde.

Die Versammlung erhebt sich fast einstimmig für den Antrag. Der Gesetzborschlag geht in die Fachcommission.

Man kommt nunmehr zur eigentlichen Tages-Ordnung, Verathung des Jagdgesetzes. Dunder zieht sein Amendement zurück. Grobdeck und Schulz (Delitzsch) wollen folgenden Schluß des § 1: „Wenn namentlich der Grundeigentümer oder dessen Befehlshaber innerhalb der letzten 30 Jahre, von Publikation dieses Gesetzes zurück gerechnet, das ihm schon damals zustehende Jagdrecht gegen Entgelt veräußert haben, ist der Erstere gegen Rückfall desselben ein dem zu ermittelnden Reinertrage des Jagdrechtes gleichstehendes Aequivalent in Kapital oder Rente zu gewähren verbunden.“ — Es ist auf namentliche Abstimmung über dies Amendement angetragen, der Antrag wird jedoch nicht hinreichend unterstützt. Bei der gewöhnlichen Abstimmung, die nun vorgenommen wird, stimmen 146 für, 196 gegen das Amendement. Es ist demnach verworfen. Grobdeck zieht ein eingebrachtes Zusatz-Amendement zurück.

Die zweite Alinea des § 1: „Die bisherigen Abgaben und Gegenleistungen des Berechtigten fallen ebenfalls weg.“ wird fast einstimmig angenommen.

Es kommt nunmehr das v. Kirchmannsche Amendement zur Abstimmung. Dasselbe lautet: „Dasjenige, was von dem Berechtigten für das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden erweislich an den Eigenthümer vertragsweise gegeben worden ist, muß, insoweit der Eigenthümer noch der Vertragschließende oder der Erbe dieses ist, zurückgegeben werden.“ Die namentliche Abstimmung, welche unter hinreichender Unterstützung beantragt ist, wird vorgenommen und ergiebt folgendes Resultat: das Amendement wird mit 182 gegen 162 Stimmen verworfen. Hierauf wird über den § 2 des Gesetzes abgestimmt; er wird angenommen. Derselbe lautet: „Eine Trennung des Jagdrechtes vom Grund und Boden kann als dringliches Recht künftig nicht stattfinden.“

Zu den folgenden §§ ist von Bornemann ein Amendement eingebracht, dem sich Schulz (Wanzleben) anschließt. Phillips spricht für dasselbe, indem er bemerkt, daß es ihm schwer falle in das Privatrecht einzugreifen, daß aber hier es die Wohlfahrt des Landes heische. — v. Meusebach will nach den bis jetzt gefaßten Beschlüssen für das Amendement Bornemann stimmen, da er nicht wünsche, daß man durch ein Polizeigesetz mit der andern Hand nehme, was man mit der einen gegeben. Nachdem noch Sommer und Ludwig im Sinne des Gesetzentwurfs gesprochen haben, wird der Schluß der Discussion beantragt. Wollheim spricht für, v. Auerswald (Rosenberg) gegen denselben. Die Majorität entscheidet sich für den Schluß und der Berichterstatter nimmt das Wort gegen das Amendement. Bornemann: Dasselbe zerfalle in einen civilrechtlichen und einen jagdpolizeilichen Theil. Der erstere sei überflüssig, weil der § 1 des Entwurfs schon das Nämliche ausspreche, und der § 13 des Entwurfs die in der bisherigen Gesetzgebung liegenden Beschränkungen aufhebe. Der jagdpolizeiliche Theil aber gehöre nicht hierher. Dierschke trägt unter der Form einer „factischen Berichtigung“ eine deductivische Widerlegung der Einwürfe des Berichterstatters vor, was den Präsidenten zu der Mütze veranlaßt: Der Redner habe gegen das Reglement das Wort genommen. — Bei der Fragestellung längerer Debatte, veranlaßt durch das Sommer'sche Amendement, an der sich der Präsident, Reichensperger, Lisicki und Sommer betheiligen. Durch Zurückziehen des Amendements erledigt sich die Sache. Man kommt zur Abstimmung über das Amendement Bornemann, mit welchem Schulz (Wanzleben) das seinige vereinigt hat. Dasselbe wird mit dem Plönies'schen Zusatzvorschlage an Stelle der jetzt wegfallenden §§ 3—6, 9, 10 des Abtheilungsentwurfs durch Majorität zum Beschluß erhoben. Es lautet mit dem Zusatz:

„§ 3. Das Jagdrecht steht dem Eigenthümer des Grund und Bodens zu, welcher dasselbe in jeder an sich erlaubten Art, das Wild zu jagen oder zu fangen, ausüben darf.“

Den benachbarten Eigenthümern bleibt überlassen, ihre Grundstücke zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk zu vereinigen und die Jagd durch öffentliche Verpachtung oder durch einen gemeinschaftlichen Jäger auszuüben oder auch gänzlich ruhen zu lassen. Kein Grundeigentümer kann aber zu einer solchen Vereinbarung

genöthigt werden. — (Zusatz von Plönies:) In Fällen, wo der Wildstand in einer Gemeinde überhand nimmt, steht es der Gemeinde frei, ihre in der Feldstur belegenen Grundstücke beschließen zu lassen.

Die Debatte geht über zu §§ 7, 8 und 11 des Entwurfs. §§ 7 und 8 geben in Festungswerten nur der Militärverwaltung die Befugniß, die Jagd durch besonders ermächtigte Personen ausüben zu lassen, und setzen auf die Ausübung der Jagd mit Feuerwaffen innerhalb der Festungsrayons eine Polizeistrafe von 5 bis 20 Thlr. oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe. Die Abgrenzung soll dem Commandanten in Gemeinschaft mit den Vorständen der Stadt- und Kreisvertretung überlassen sein. § 11 erklärt die Jagdfolge aufgehoben, die bestehenden Polizei- und Jagdpolizeivorschriften fortdauernd bindend zc. Schulz (Minden) hält zwar besonders polizeiliche Bestimmungen für die Jagd in der Nähe einer Festung für nöthig, die des Entwurfs sind ihm indeß zu detaillirt. Er schlägt eine Fassung vor, welche lediglich der Polizei die erforderlichen Anordnungen überläßt. Das Jagdpolizeistrafrecht hält er als mit dem Jagdrecht selbst aufgehoben. Bornemann hat das Amendement gestellt: „Die Eigenthümer sind in der Ausübung des Jagdrechtes nur durch die allgemeinen und durch die besonderen jagdpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der öffentlichen Sicherheit zur Schonung der Feldfrüchte beschränkt. Der Anfang und das Ende der Zeit, binnen welcher die Jagd zur Schonung der Feldfrüchte geschlossen ist, hat die Landespolizeibehörde alljährlich zu bestimmen zc. Seen, Teiche und Wälder sollen von diesem Verbote ausgeschlossen sein, eben so die Jagd auf Eleuthiere, Girsche, Schweine und Rehe. Weichsel gegen alle diese polizeilichen Bestimmungen. Es sei lediglich Sache des Eigenthümers, ob er seine Feldfrüchte schonen wolle oder nicht. Minister des Innern Eichmann: Ich möchte es der hohen Versammlung doch anheimstellen, den speziellen Zweck des Gesetzes im Auge zu behalten, und bitte wegen der Bestimmungen in Betreff der Festungen die Vorschläge der Centralabtheilung anzunehmen. Plönies glaubt nicht, daß der Zweck des § 7 durch Polizeigesetze erreicht werden könne. Temme gegen die §§: dieselben enthalten neue Beschränkungen des durch die vorigen Beschlüsse freigemachten Eigenthums, und wenn man die alte Jagdpolizeigesetzgebung beibehalten wolle, so müsse man auch ein neues Wildschadengesetz machen. Bornemann: Das Landrecht kenne nur Schutz für das Wild, nicht für das Feld, dem Landrecht stehe die Jagd höher, als der Ackerbau. Es müsse daher ein Schutz für die Felder geschaffen werden. Schramm gegen die §§ des Entwurfs, an welchen er leidet selber haben müssen mitbauen helfen. Hartmann: Das Eigenthum ist frei gemacht worden, aber nun muß man es auch schützen. Diebstahl ist Diebstahl, ob am Wilde oder an andern Sachen verübt. (Widerspruch zur Linken.) Schulz (Minden): Von Wilderbstahl sei hier gar nicht die Rede. — Meusebach will aus dem Bornemann'schen Amendement die Worte „und zur Schonung der Feldfrüchte“ gestrichen wissen. — Abstimmung: § 4 des Bornemann'schen Amendements wird angenommen; § 5 desselben (die polizeilichen Beschränkungen) mit 147 gegen 145 verworfen; § 6 desselben („die gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Jagd, Schon- und Hegezeit des Wildes, so wie das Recht zur Jagdfolge werden aufgehoben“) wird angenommen. § 11 des Entwurfs ist nebst allen übrigen Amendements dadurch libirt. § 7 des Entwurfs wird angenommen (Jagd in den Rayons um die Festungswerte); § 8 des Entwurfs (Untersuchungsbefugniß des Commandanten) mit 168 gegen 165 verworfen.

§ 12 des Entwurfs: „Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Februar 1849 in Kraft. In Ansehung der abgeschafften Jagdgerechtigkeiten: hören mit diesem Tage die geschlossenen Pachtverträge auf, ohne daß deshalb der eine oder der andere Theil eine Entschädigung fordern könne.“ Dehnell beantragt den Zusatz: „Alle schwebenden Jagdcontraventionsproceße sind vom Tage der Publikation dieses Gesetzes aufgehoben und die Kosten niedergeschlagen.“ Hartmann und Wäke wollen diese Aufhebung auf Contrabentionen, die ein Grundbesitzer auf eigenem Grund und Boden begangen hat, beschränkt wissen. Plönies bemerkt gegen diese Amendements nun: sie ständen mit der Hauptsache in keinem Zusammenhange. Hartmann und Wäke ziehen das ihrige deshalb zurück; Eisner erklärt, dasselbe aufzunehmen, und die Versammlung (ganze Linke, Wenige aus der Mitte und Hartfort allein von der Rechten) sind für die Zulassung der Amendements zur Discus-

flon. Schulz (Wanzleben) und Schulze (Delitzsch) wollen, daß das Gesetz sofort in Kraft trete. Finanzminister v. Bonin hält die Aufschubung der Gesetzeskraft bis zu dem von der Centralabtheilung vorgeschlagenen Termine für unwesentlich, der gesunde Sinn der Bevölkerung lasse hieraus keine Störungen befürchten. Derselbe bemerkt noch, wenn man in Rücksicht auf den der Staatskasse erwachsenden Ausfall, die Geringfügigkeit des selben hervorgehoben habe, so gelte das Nämliche auch für die Verpflichteten. Neuenburg für den Entwurf und gegen die Zusätze. Schluß wird beantragt. Diersche für, Bucher gegen den Schluß. Abstimmung: das Amendement Schulz (Wanzleben): »das gegenwärtige Gesetz tritt sofort in Kraft. In Ansehung der abgeschafften Jagdgerechtigkeit hören mit dem Tage, wo die Publication gesetzlich als erfolgt gilt, die geschlossenen Verträge auf; der Pachtzins für das laufende Jahr ist nach Verhältnis der Zeit der diesjährigen Jagdnutzung zu berechnen« — angenommen. Eben so die Amendements von Dehnell, Hartmann-Wälke (Elsner) wegen Niederschlagung der Contraventionsproceß (mit 174 gegen 156 Stimmen). — § 13 (Aufhebung aller bisher bestehenden Gesetze) wird nach Verwerfung der die Rheinlande ausschließenden Amendements, Sommer und Reichensperger, angenommen. (Schluß 3 Uhr.)

● **Berlin, 9. October.** [Das Jagdgesetz.] Folgendes ist die endliche Redaction des aus 10 §§ bestehenden Gesetzes zur Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden, wie es in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung beschloffen worden ist. Es läßt sich voraussetzen, daß übermorgen, wo über das ganze Gesetz nochmals abgestimmt werden wird, die Annahme desselben mit großer Majorität erfolgen wird.

2c. 2c. verordnen 2c. 2c.

§ 1. Jedes Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben. — Die bisherigen Abgaben und Gegenleistungen des Berechtigten fallen ebenfalls weg.

§ 2. Eine Trennung des Jagdrechts vom Grund und Boden kann als dingliches Recht künftig nicht stattfinden.

§ 3. Das Jagdrecht steht dem Eigentümer des Grund und Bodens zu, welcher dasselbe in jeder an sich erlaubten Art, das Wild zu jagen oder zu fangen, ausüben darf.

Den benachbarten Eigentümern bleibt überlassen, ihre Grundstücke zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk zu vereinigen und die Jagd durch öffentliche Verpachtung oder durch einen gemeinschaftlichen Jäger auszuüben, oder auch gänzlich ruhen zu lassen. Kein Grundeigentümer kann aber zu einer solchen Vereinbarung genöthigt werden.

§ 4. Die Eigentümer sind in der Ausübung des Jagdrechts nur durch die allgemeinen und durch die besonderen jagdpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und zur Schonung der Feldfrüchte beschränkt.

§ 5. Die gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Schuss- und Jagzeit des Wildes, sowie das Recht zur Jagdfolge werden aufgehoben.

§ 6. In allen Festungswerten ist allein die Militärverwaltung befugt, die Jagd durch besonders dazu ermächtigte Personen ausüben zu lassen.

Außerhalb dieser Werke, desgleichen um die Pulvermagazine und ähnliche Anlagen werden, auf Kosten der Militärverwaltung, Umfreise oder Rayons von zusammenhängender Fläche gebildet und bezeichnet, innerhalb welcher die Jagd mit Feuerge-
wehren nicht ausgeübt werden darf, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 5 bis 20 Thalern, oder im Unvermögensfalle, eines verhältnißmäßigen Gefängnisses.

Das Maximum der Entfernung der Außenlinie von den ausströmenden Winden des Glaciés, der Pulvermagazine und ähnlicher Anlagen wird auf 300 Schritte festgesetzt. Die Abgrenzung erfolgt gemeinschaftlich von der Festungsbehörde, einem Deputirten des Stadtvorstandes und einem der Kreisvertretung.

§ 7. Alle schwebenden Jagd-Contraventions-Proceße sind vom Tage der Publication dieses Gesetzes aufgehoben, und die Kosten niedergelegt.

§ 8. Die erkannten Strafen nebst den Untersuchungskosten für alle Jagd-Contraventionen und Wildbildeißen, welche ein Grundbesitzer auf eigenem Grund und Boden seit dem letzten Jagderöffnungs-Termine begangen hat, sind erlassen.

§ 9. Das gegenwärtige Gesetz tritt sofort in Kraft.

In Ansehung der abgeschafften Jagdgerechtigkeit hören mit dem Tage, wo die Publication gesetzlich als erfolgt gilt, die geschlossenen Pachtverträge auf. Der Pachtzins für das laufende Jahr ist nach Verhältnis der Zeit der diesjährigen Jagdnutzung zu berechnen.

§ 10. Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen, namentlich die Kabinetts-Ordre vom 21. Januar 1812 und die Verordnung vom 17. April 1830, werden hiermit außer Wirkung gesetzt. Berlin, 19. August 1848.

Berlin, 9. Octbr. [Tagesbericht.] Die Wiener Nachrichten drängen alle Gegenstände des Gesprächs und der allgemeinen Beachtung völlig in den Hintergrund. Die fliegenden Buchhändler finden mit ihren Flugblättern, welche die an die »Zeitungshalle« und die »Reform« gelangten Berichte enthalten, reißenden Absatz. Einige dieser Blätter mit allarmirenden Ueberschriften (»Sieg der Revolution«, »der Kriegsminister an der Laterne« u. m. a.) sind an die Straßenecken geklebt und von Lesern fortwährend umlagert. Die Physiognomie der Kammer bot dem in seinem Urtheil allerdings nicht ganz unbefangenen Publikum die Zuhörertribünen reichen Stoff zu Betrachtungen und Bemerkungen. Man will heute eine besondere Zerstreuung wahrgenommen haben. Das geringste Geräusch auf der Straße, erzählt man sich, habe die aufmerksamsten Mitglieder von der Debatte abgezogen. Bei einem, wir wissen nicht aus welchem geringfügigen Anlaß herbeigeführten Lärm vor dem Schauspielhause öffneten allerdings die Secretaire die Vorhänge der in der Nähe ihrer Tische befindlichen Fenster, und viele Mitglieder forschten nach der Ursache des Geräusches. Auffällig waren heute auch einige Dislocationen. Mitglieder, die bisher unausgesetzt ihren Platz in der Mitte des Saales hatten, saßen heute auf den

Bänken der Linken, u. A. Herr Uhlich. (!) Auch den Sieg, welchen die Linke heute mehrfach durch Annahme ihrer Amendements zu dem Jagdgesetz erringt, und fast ohne allen Kampf erringt, ist das Publikum geneigt, auf Wiener Rechnung zu schreiben. Während der Verhandlung fielen von einer der Zuhörergalerien einige der erwähnten Flugblätter auf die Sitze der Rechten. Wir wissen nicht, ob den Abgeordneten die Gelegenheit zu dieser Lectüre durch Zufall oder durch Absicht verschafft wurde.

In einer Präsidialconferenz ist von den Präsidenten und dem Bureau der Nationalversammlung der Beschluß gefaßt worden, den König zu seinem Geburtstage, falls derselbe sich in Charlottenburg oder Bellevue befinden sollte, zu beglückwünschen. Falls indeß der König an jenem Tage in Potsdam oder Sanssouci weilen sollte, wird die Gratulation unterbleiben.

Gestern fanden eine Menge Volksversammlungen statt. Vor dem halleischen Thor hatte der Präsident des Vindencclubs, Müller, eine solche »für Civil und Militair« veranstaltet. Auf dem Platz vor den Zelten und auf dem Exercierplatz vor dem Schönhauser Thor waren viele Tausende versammelt. Das Verhältniß zu den Soldaten und das Bürgerwehrgesetz waren die Gegenstände der Debatte. In einem Saale sollte über die Feier des 15. Dec. berathen werden. Mehrere Bürger und Beamte, welche die Einladung hatten ergehen lassen, weigerten sich den Vortritt zu übernehmen. Derselbe wurde Herrn Held angetragen, der jedoch erklärte, er sei mit dem Auftrage hierhergekommen, gegen eine öffentliche Begehung des königlichen Geburtstages zu sprechen. So gelangte das Präsidium an Herrn Wülfert. Zu einer Beschlußnahme ist es nicht gekommen, da Alle, die als Redner auftraten, sich gegen die Feier erklärten.

Der Vorschlag zur Errichtung eines Central-Handelshaus-Bazars, von einem hiesigen Kaufmann, Herrn Neumann, in einer besondern Schrift als Erweiterung des Instituts der Darlehnskassen empfohlen, soll jetzt Aussicht auf Verwirklichung haben. (Corr.-Bur.)

XX **Berlin, 9. Oct.** [Die Breslauer Bürgerwehr-Deputirten. Vermischtes.] Die Nachrichten aus Wien haben heute alles Uebrige erdrückt. Seit gestern Abend denkt und spricht man nur von Wien und hat große Ursach dazu. Die Verhältnisse in Wien und Berlin waren in letzter Zeit ganz dieselben, »wahrscheinlich in Folge einer Verschöbörung der beiden Hauptstädte« würde einer der beliebten Inzeratenschreiber unserer Zeitungen sagen. Es war wirklich so, daß man hier oder dort einen Ausbruch erwarten mußte, indem die Reactionäre mit jedem Tage fester das Haupt erhoben. Wien ist aufgestanden und hat Berlin mit durchgeschüttelt, denn wir haben jetzt Männer an der Spitze, die etwas gelernt haben und noch lernen. Die Wirkung der Wiener Vorfälle auf Berlin ist fast maßlos, sie greift in tausend Verhältnisse ein. Das erste Opfer des Wiener Volksstiegs ist das Bürgerwehrgesetz geworden, indem man es an eine neue Redaction wies. Diese Redaction wird dasselbe hoffentlich gründlich zerarbeiten. Ich war heute Abend spät noch in dem Gebäude der National-Versammlung und traf dort mit zweien Ihrer Bürgerwehr-Deputirten zusammen. Auch sie wollten sich nach dem Schicksal des Gesetzes erkundigen und ob es morgen wieder zur Vorlage kommen möchte. Es scheint aber darüber noch nichts bestimmt zu sein. Die Commission war um 8 Uhr noch bei der Arbeit. Ihre Breslauer Deputirten scheinen übrigens sehr eifrig, um sich im Interesse ihres Auftrags zu bemühen. Sie wollten heute Abend noch einen Besuch bei der Rechten machen, wo möglich auch noch den Vortritt bei dem Minister-Präsidenten, General v. Pfuel, zu erlangen suchen, genug Alles anwenden, was dahin zielen kann, damit sie den Zweck ihrer Reise erfüllen. Hier in Berlin scheint man sich vorläufig mit den früher erwähnten Demonstrationen mit und ohne Esel zu beruhigen und thut auch wohl daran. Minister und Kammer wissen, wie die Bürgerwehr hier denkt und können danach handeln. Gestern Abend hatten wir noch zwei Volksversammlungen, eine des demokratischen Bürgervereins an den Zelten, die sehr ruhig verlief und eine andere für die Militairverbrüderung vor dem Halleischen Thor, bei welcher Karbe das Wort führte. Unterdessen qualte sich der Lustschiffer Erfurt mit einem Luftballon, welcher nicht steigen wollte, am Boden herum, bis endlich das Publikum, wie schon öfter bei solchen Productionen, in eine wahre Verferwuth gerieth und nach Insultirung des Lustschiffers und Beseitigung desselben den Ball zernichtete, fogar die Gerüste in Flammen steckte. — Der von den Füsilieren des 24ten Regiments so arg gemißhandelte Mann in der Karlsstraße ist gestern begraben worden; er starb an seinen Mißhandlungen. An den Straßenecken habe ich heute weiter nichts Bemerkenswerthes gesehen, als daß man die Republik in Wien für 1 Sgr. verkauft. Unsere Bürgerwehr stimmt noch darüber ab, ob die Wachen an das Militair zurückgeliefert werden sollen. Mit Vergnügen erzählt man, daß selbst die Bevölkerung des Geheimrath-Quartiers gegen die Abgabe der Wachen stimmt. Die Paragraphen des Allgem. Landrechts 151 — 155 Th. II. Tit. 20 (Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung betreffend) sind nach einer Vorlage der Regierung beseitigt worden oder sollen beseitigt werden. Die Cholera ist in den letzten Tagen wieder sehr bößartig geworden. Eine Menge Familien haben Todte zu beklagen, ja einige Familien sind ganz ausgestorben. In St. Petersburg gab es am 1. Oct. noch 95 Cholerafranke. Am Tage vorher waren 13 erkrankt und 7 gestorben. Die

St. Petersburger Zeitungen enthalten Berichte aus dem Kaukasus bis Ende August, ebend eben keine erhebliche Waffenthat. An der Daba hatte der Major Henning einen Haufen Abadischen durch Kriegslist überfallen und ihnen 200 Mann erschlagen. In der Nähe von Gergebil sprengte der Fürst Argutinski 60 Fesghinen in die Luft und der Fürst Woronzow selbst hat die neuen Linienfestungen und die Steinkohlenbergwerke auf der Höhe der Kuban besehen und siehe da, es war Alles sehr gut. — Wie man erfährt, sollen unsere Truppen angewiesen werden, sich in möglichst kurzer Zeit aus den Betten zu erheben und angezogen und gerüstet dazustehen. Natürlich correspondirt diese Mittheilung mit den Zeitereignissen.

[Die wahre und die falsche Revolution.] Die Tr. Z. schließt einen längern Artikel, worin sie den Gang der Ereignisse seit den Märztagen ihrer Betrachtung unterwirft, mit folgenden wohl zu beachtenden Worten:

»Man hat in der Revolution bis jetzt nichts erblicken wollen als die Barrikade, und da auf einen Klotz ein Kell gehört, so antwortete die Contrerevolution auf die Barrikade mit Kartätschen. Trauriges und armseliges Spiel um Menschenleben und Weisungsglück!

Was ist die Barrikade? Die Barrikade ist der Protest gegen die bestehende politische Gewalt; liegt dieser Protest, so wird die Barrikade zur Treppe für die neue politische Gewalt. Die echten Republikaner, die Socialisten sogar theilweise, hatten in Paris jene Treppe erstiegen: was hat Frankreich, was hat die Freiheit davon gehabt? Regieren heißt conservativ sein: wer's nicht glauben will, sehe sich Oben hin. Regieren heißt Autorität ausüben, den Willen Anderer beschränken, der Freiheit Schranken setzen; je besser, je kräftiger regiert wird, desto weniger Freiheit. Es muß sehr wenig regiert werden, damit der Mensch sich frei fühle; und die Republikaner, namentlich die socialistischen Republikaner wollen sehr viel, möglichst viel, Alles regieren, sie wollen Dinge regieren, um die sich bis jetzt noch keine Regierung bekümmert hat.

Aber, diese Dinge müssen regiert, regulirt, geändert, umgestaltet werden — sagt Ihr; — es ist gerade der Fehler der früheren Regierungen, daß sie sich darum nicht bekümmerten, die Anarchie in jenen Dingen, das ist grade das Elend, die sociale Noth, die auf dem Kopfe stehende Menschheit. Jene Dinge müssen umgestaltet werden, gut, aber ich fordere Euch heraus, diese Umgestaltung als Regierende vorzunehmen. Die Regierung ist das jedesmalige Product einer Gesellschaft, sie ist Wirkung, sie ist zunächst nicht Ursache; die sogenannte Initiative der Regierung ist längst vorher bestimmt durch den socialen Geist, aus dem grade diese Regierung hervorhing. Die Regierung ist der Vollziehungsausschuß der Gesellschaft; wollt Ihr also wahrhaft revolutionair sein, so revolutionirt in der Gesellschaft ein neues Princip heraus, — an der Execution wird es nicht fehlen. Bleibt nur auf Seiten der Gesellschaft, denn sobald Ihr Regierung geworden seid, seid Ihr conservativ, vielleicht bald reactionair, in jedem Falle für die Revolution verloren. Dies ist nicht nur eine Wahrheit, sondern zugleich der Tod des politischen Egoismus. Auch das Reich der Barrikade hat seine Corruption.

Alle Barrikaden der Welt mußten überflüssig sein von dem Augenblicke an, wo die Pressfreiheit und das Associationrecht gesichert waren; denn diese beiden ewigen Menschenrechte sind die unentbehrlichsten aller Barrikaden, sie sind der uneinnehmbare Schutzwall für die Revolution in der Gesellschaft, sie führen nie zur Regierung hinauf, sie lassen alle Kräfte der Um- und Neugestaltung auf ihren Plätzen, in der breiten Ebene der Gesellschaft. Halten wir diese beiden Rechte aufrecht, so läßt sich die Welt aus ihren Angeln heben, wenigstens die Welt der Menschen, die Welt der Unordnung und des Unglücks. Wie die ersten Christen Hölle und Tod überwandten durch den Glauben an Christus, so kann die moderne Menschheit Herr werden über alle Despotie, über alle Ausbeutung — durch die Presse und durch Vereinigung. Wenn ich zu Menschen reden und schreiben kann, so kann ich eine Gesellschaft in der Gesellschaft bilden, wie die ersten Christen im römischen Reich. Die Christengemeinden haben das römische Reich unterminirt und endlich in die Luft gesprengt. Sind wir nicht mehr als die ersten Christen, und ist unser »Reich« nicht weniger als das römische? — Die Gefahr des Augenblicks liegt darin, daß die unzähligen Barrikaden die noch unzeitigeren Kartätschen herbeiführen, und daß eine solche Wurfugel in die Bundeslade der Revolution fahre um die Pressfreiheit und das Vereinsrecht zu demoliren. In Würtemberg verlangt man jetzt endlich eine constituirende Versammlung: man ist der Barrikaden satt, und jedenfalls ist diese Agitation gescheiter als bewaffnete Versammlungen »mit Gott für das Volk«.

Falsche Begriffe waren von jeher das Unheil der Menschheit, an falschen Begriffen droht auch die Revolution von 1848 zu scheitern. Zuerst nahm man die Einheit für die Freiheit und stürzte den »Reichstruppen« in die heißen Arme. Dann verwechselte man — und das ist der Grundfehler der radikalen Partei in ganz Europa — die politische Gewalt mit der Freiheit. Durch diesen Irrthum ist Europa gegenwärtig auf dem Punkt angelangt, den Kartätschen überliefert zu werden.

Zeitgenossen, rettet, was noch zu retten ist. Der Moment ist kritisch.

A **Posen, 8. Octbr.** [Mieroslawski.] Als Ludwig von Mieroslawski kurz vor der Convention von Barbo

sein Corps im Stich ließ — und zwar heimlich — schnitt er sich den schönen Bart ab, um sich unkennlich zu machen. Um den Behörden zu entgehen geschah diese Metamorphose nicht, denn er hatte den freien Geleitschein in der Tasche, und daß man diesen nicht respectiren werde, konnte er damals noch nicht ahnen; es geschah also um sich vor seinen Landsleuten zu verbergen, weil ihm das böse Gewissen sagte, daß er um diese sich keinen Dank verdient habe. Aber trotz dieses bösen Gewissens ist Herr Mieroslawski doch wiedergekehrt — so sagt die Polizei und hat gestern ihre Agenten in die Provinz geschickt, um ihn zu fassen. Ja, wer daran glauben könnte! Mieroslawski ist sehr ruhig in Paris und ist zufrieden, daß er mit heiler Haut wieder dort eingetroffen ist — ihn zieht kein Geleitsbrief mehr hierher, und wenn man ihm hundertmal schwört, er solle respectirt werden, denn für den Bauer, der ihn einen Vaterlandsverräther schimpft, würde das freie Geleit keine Gültigkeit haben. Das weiß er sehr wohl. Deshalb übrigens trotz alledem er doch hier sein muß, werden wir höchst wahrscheinlich bei der Gelegenheit erfahren, wo der Ministerpräsident in der Kammer auf Genehmigung zur Fortdauer des hiesigen Belagerungszustandes antragen wird. Man braucht nicht immer Schauspieler zu sein, um hinter die Coulissen zu sehen — es wird sich zeigen, ob wir uns getäuscht haben. Warum soll man sich auch jetzt nicht zu helfen wissen, nachdem man sich schon so oft zu helfen gewußt hat. Uebung macht Meister*).

Deutsche Staaten.

Frankfurt a. M., 7. Okt. [Die deutsche Central-Polizei.] Der Reichsverweser hat nachstehenden Erlaß an sämtliche deutsche Regierungen gerichtet:

In dem Rundschreiben vom 22. Sept. 1848 hat die provisorische Centralgewalt sich bereits ausgesprochen, daß sie Hand in Hand mit den deutschen Regierungen Maßregeln treffen werde, damit dem Geseze, dessen Vollzug in manchen Theilen Deutschlands still steht, wieder Geltung und kräftige Wirksamkeit werde. Sie hat an diese Erklärung die Aufforderung geknüpft, alle Behörden und Beamten, so wie jene Institute, die zur Vertheidigung der Ordnung und der Geseze bestehen, zur eifrigen Pflichterfüllung ernstlich zu ermahnen.

Nun ist es aber wohlbekannt, daß die Beamten häufig Bedrohungen, selbst Mißhandlungen, sich ausgesetzt sehen, wenn sie pflichtmäßig vorgegangen sind, und daß die gewöhnlichen Kräfte oft nicht ausreichen, der eingerissenen Zügellosigkeit zu steuern. In diesen Verhältnissen liegt die Aufforderung für die provisorische Centralgewalt Sorge zu tragen, daß diesen Uebelständen sofort abgeholfen werde.

Als eine dazu geeignete Maßregel wurde die Aufstellung bedeutender militärischer Streitkräfte an verschiedenen Punkten Deutschlands erkannt, — bei Frankfurt, Kreuznach, Freiburg an der Aar und in Thüringen, — nicht minder die Absendung eigener Reichs-Commisars mit ausgedehnten Vollmachten in jene Gegenden, wo bereits auffallende Mißverordnungen vorgefallen oder zu besorgen sind.

Die Aufgabe dieser Reichscommisars wird dahin gerichtet sein, durch das Ansehen der Centralgewalt und durch die ihr zu Gebote stehenden umfassenden materiellen Mittel die thätigen Bemühungen der einzelnen Regierungen, die Herrschaft der Geseze durchzuführen, kräftig zu unterstützen, und die Reichstruppen sind nur dazu bestimmt, zu dieser Unterstützung mitzuwirken und die Versuche jener zu bekämpfen, die einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse (deren gesetzliche und friedliche Umgestaltung überall eingeleitet ist) beabsichtigen, welche die persönliche Sicherheit einzelner deutscher Bürger oder ihr Eigenthum angreifen oder bedrohen, und die damit Zustände der Gefährdung herbeizuführen bemüht sind, die nie und nimmer geduldet werden dürfen.

Die entgegenkommende Bereitwilligkeit, mit der bisher ergangenen Anordnungen entsprochen wurde, die musterhafte Haltung der deutschen Reichstruppen, der herzliche Empfang, den sie bei der Bevölkerung aller Gegenden fanden und der ungetrübte freundliche Verkehr, der zwischen den Bürgern und den Kriegern herrschte, bethätigt, daß das deutsche Volk und die deutschen Regierungen über die Richtung der getroffenen Maßregeln nicht irre sind, daß sie darin eine Bürgschaft für die Bewahrung ihrer Freiheit erkennen, die nur unter dem Schutze der Ordnung und Gesezlichkeit gedacht, und daß sie in einer einheitlichen und kräftigen Durchführung jener Verfügungen, welche die Wohlfahrt Deutschlands betreffen, nur beruhigende Gewähr einer erfreulichen Zukunft und einer Durchbildung aller staatlichen Verhältnisse erblicken.

Die provisorische Central-Gewalt wird daher, sicher der Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde, die getroffenen Maßregeln so lange bestehen lassen, bis der theilweise unterbrochene innere Friede befestigt, der Sinn für Ordnung vollständig wiederhergestellt ist, und bis die vollständige Veruhigung gewonnen sein wird, daß die Geseze und ihre Durchführung überall vollständige Geltung finden.

Ein Theil jener Reichstruppen, die im südwestlichen Deutschland aufgestellt sind, soll aber überdies auch dazu die-

nen, um den gerechten und dringenden Forderungen Deutschlands nöthigenfalls die erforderliche Unterstützung zu gewähren, Forderungen, die von der provisorischen Centralgewalt gegen einen Nachbarstaat bereits erhoben sind, der schon zweimal in diesem Jahr es gebildet, daß räuberische Schaa ren auf seinem Gebiete sich sammelten, um von da aus Einfälle in einen Theil Deutschlands zu unternehmen und dort die Greuel des Bürgerkrieges zu entfachen.

Frankfurt a. M., 2. Oct. 1848.

Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann.

Der Reichsminister des Innern (gez.) Schmerling.

Von dem Bevollmächtigten für das Großherzogthum Hessen-Darmstadt ist bei der Centralgewalt folgendes Schreiben eingelaufen: »Den mir durch Schreiben vom 23. d. M. mitgetheilten Erlaß des Reichsverwesers vom 22. d. M. habe ich alsbald an meine Regierung befördert; in Folge Allerhöchsten Befehls Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs bin ich beauftragt, in Erwiderung darauf folgende Erklärung bei der Central-Gewalt abzugeben: Der provisorischen Central-Gewalt Deutschlands ist es bekannt, daß das eifrigste Bestreben der Regierung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen von Anfang an und auch bei den neuesten das Vaterland betrübenden unglücklichen Ereignissen, wie bisher, stets und unverändert darauf gerichtet war, ihr in jeder Beziehung die entschiedenste Mitwirkung bereitwilligst zu gewähren und zu bethätigen. Die Central-Gewalt kann daher vollkommen darauf vertrauen, daß die Großherzog l. Staats-Regierung der an sie ergangenen Aufforderung, die zur Erhaltung der Wohlfahrt und der gesetzlichen Ordnung Deutschlands ergriffenen Maßregeln auch ihrerseits kräftigst zu unterstützen, nachkommen werde. Die Behörden und Beamten des Großherzogthums werden hiernach, dem ausgedrückten Wunsche gemäß, sofort eifrigst ermahnt werden und von der Regierung auch hierin Alles geschehen, was von ihrer Seite gethan werden kann, um die Lösung der hohen Aufgabe der Centralgewalt, als Organ der deutschen National-Einheit, zu erleichtern und auch dadurch den Beweis zu liefern, wie lebhaft sie von der Nothwendigkeit durchdrungen ist, daß man sich in Bezug auf alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation von allen Seiten aufrichtigst und rückhaltlos an die provisorische Centralgewalt für Deutschland anzuschließen habe. Frankfurt am 29ten Sept. 1848. Der Großherzoglich hessische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt Deutschlands. Eigenbrod. An das Reichsministerium des Innern. (D. P. M. J.)

S Frankfurt, 7. Oktober. [Die Gesellschaft in der Paulskirche] eilt mit Riesenschritten das Maß zu füllen, in dem sie selber sich den Todesstrahl bereitet. Was ich Ihnen zu berichten habe von den Thaten dieser Gesellschaft, das sind nicht mehr Kämpfe der Prinzipien gegen einander, es sind nicht mehr die verschiedenen Wege, auf welchen politische Parteien die Wohlfahrt eines großen Volkes in ehrlichem Kampfe zu erringen streben; ja, es handelt sich hier überhaupt nicht mehr um Volk und Vaterland, sondern es ist der schlammige Sumpf polizeilicher Gewaltthat, in welchem die Majorität mit ihren Ministerium waltet und von welchem aus sie die Minorität mit Roth bewirft, die in unbegreiflicher Geduld Angriff auf Angriff eines solchen Gegners aushält und sich dagegen zu schützen sucht. — Ich will nicht noch einmal auf die en gros getroffenen Polizei-Maßregeln — Belagerungszustand und Standrecht — zurückkommen, um Ihnen zu sagen, was der tiefe Sinn derselben sei, um Ihnen zu beweisen, daß nicht »Anarchie« und dergleichen, sondern daß lediglich die Selbsterhaltung des sogenannten Reichsministeriums es ist, was diese Anstalten nothwendig macht. — Dies Ministerium, und mit ihm die seitherige Majorität der Paulskirchen-Gesellschaft, ist völlig außer Stande, noch einen politischen Strauß gegen die seitherige Minorität siegreich zu bestehen; es muß diese Minorität mit Gewalt vernichten, ehe es in neue politische Debatten, unter dem Schutze des gewöhnlichen Rechtszustandes, sich einlassen kann. Frankfurt — fortwährend im Belagerungszustand! — Es giebt kein größeres Paradoxon in der deutschen Geschichte! daß doch Vörrne es erlebt hätte! — Und wie kindisch-lächerlich die Anstrengungen des Barrikaden-Ministers, Ritters Anton von Schmerling, um die guten Frankfurter nun auch ernstlich in dem Glauben zu erhalten, daß der Belagerungszustand wirklich fortbestehe! Da müssen an den Ecken alle Zugänge, welche in den »Donnersberg« und »deutschen Hof« führen, allabendlich Wadtfener lodern, von zahlreichen Soldaten aller Farben umringt, damit den frankfurter Spießbürgern immer von Neuem in Erinnerung gebracht werde, wie groß die Gefahr für ihre Geldsäcke sei, falls die dort in geheimer Sitzung versammelten 30 bis 40 Vertreter des deutschen Volkes einen Ausfall wagen sollten. Lache, wer lachen kann, über diese greulich verzerrte Caricatur, die aus der deutschen Nationalversammlung geworden, auf welche ein edles, aber unglückliches Volk so schöne Hoffnungen gebaut hatte! — Doch ich verlasse das Feld der Öffentlichkeit und geleite Sie in die geheimen Schlupfwinkel, in denen Peucker-Schmerling die Pläne ihrer ministeriellen Selbsterhaltung spinnen. In der Sitzung vom 19. September, also am Tage nach dem betrübenden Untergange, trat der Abgeordnete Leichter, preussischer Major, auf und machte mit preissender Anerkennung einige Bewohner Sachsenshausen namhaft, welche den schon begonnenen Bau einer Barrikade daselbst persönlich verhindert hatten. (St. Ver. S. 2190.) Tags darauf werden durch die offiziellen Zettelträger gedruckte Zettel in Sachsenshausen

von Haus zu Haus vertheilt, die wörtlich folgendermaßen lauteten: »Auszug aus dem Bericht in der 81. Sitzung der deutschen Nationalversammlung. Der provisorische Kriegsminister v. Peucker thut einiger Bürger Sachsenshausen Erwähnung, welche das Aufstehen von Barrikaden in der Nähe der Wohnung des Redners verhindert, und nach Entreißung einer rothen Fahne aus den Händen aufrührerischer fremder Arbeiter eine musterhafte Ordnung in Sachsenshausen erhalten haben.« —

Um sich mit jedem Mittelchen populär zu machen, schmückt sich also der »Reichskriegsminister« mit fremden Federn, und noch dazu mit den Federn eines Leicherts: armeliches Ministerium! — Ein ander Bild. Um sich auf alle Fälle eine sichere Majorität in der Paulskirchen-Gesellschaft zu sichern, mußte nothwendig die eigentliche »Rechte« eine Verstärkung erhalten. Wie das anfangen? Sollte man auf den Antrag des Donnersbergs eingehen und neue Wahlen ausschreiben? Um Gotteswillen nicht, das hieße ja, sich selber gewaltsam mor den! — Der Wille des Volkes hat sich in zu zahlreichen Mißtrauensvoten gegen die »Rechte« kund gethan, als daß man von ihm eine Verstärkung derselben hoffen könnte. — Das Ministerium conferirt im Geheimen unablässig mit den Mitgliedern der Rechten, bis das rechte Mittelchen gefunden ist. Zwölf Mitglieder dieser »rechten« Gesellschaft treten dem an unentschiedenen Elementen überreichen Club des »Würtemberger Hofs« bei, verstärken durch ihre Zahl die nach rechts sich hinneigende Seite desselben, bringen Zerstreuung in die Partei und lehren 25 Mann stark in die Partei zurück, die sie entsendet hatte. — Weiter: während man durch solche Intriguen um die Gunst des Volkes buhlt und die sichere Partei des Ministeriums zu stärken bemüht war, burste man auch des wichtigsten Grundfahes nicht ungedenkt bleiben: »den Gegner schwächen, heißt sich selbst verstärken.« Darum ergingen die schamlosesten Ergüsse von Verdächtigung und Schmähung gegen die Linke durch die ganze Presse. Ich citire nicht das hierorts erscheinende Parteiblatt von Jürgens, Etwas aus Magdeburg und Bernhards, Mitglieder der Rechten, redigirt; ich citire nicht diesen Abzugskanal aller Parteiwuth und Lüge, sondern ich verweise auf die Blätter einer ausgebeuterten Öffentlichkeit. Fast kein einziges, der demokratischen Partei feindliches Blatt ist erschienen, was nicht direct oder indirect der hiesigen »Linken« nicht nur den Auffstand, sondern auch die Ermordung der beiden Abgeordneten Schuld gegeben hätte. Ja, die »Wiener Zeitung« weiß, daß Bogt aus Gießen vorher unterrichtet gewesen von Lichnowsky's beabsichtigter Ermordung. — Damit aber diese Bemühungen in der Presse nicht vergeblich wären, damit den hier ausgepressten Verdächtigungen einiger Halt gegeben werde, und die immer mehr sich Bahn brechende Wahrheit nicht zu bald es vermöge, das schmachvolle Parteitreiben zu enthüllen, daß dem politischen Gegner anders nicht beizukommen vermag, als indem es ihn moralisch zu vernichten sucht: darum mußte man Mittel und Wege finden, um wenigstens einige Mitglieder der demokratischen Partei in der Paulskirche auch officiell in Untersuchung ziehen zu können. Hatte man auch selbst die innigste Ueberzeugung von der Erfolglosigkeit einer solchen Untersuchung, diese Thatsache einer anhängig gemachten Untersuchung selbst durfte man nicht von sich weisen, bot sie doch Grund genug, um einzuweisen das »Geheul« gegen die Partei in der Presse zu erhalten, einzuweisen, bis die Partei hinlänglich unschädlich gemacht. Herr v. Schmerling wendet sich darum an den Frankfurter Senat mit der Bitte, seinerseits bei der National-Versammlung auf Untersuchung gegen diejenigen Mitglieder der Linken anzutragen, welche in der Volksversammlung am 17. September zum Volke gesprochen (Jib, Wesendonk, Schlössel, Simon aus Trier). Allein es mußte die ganze Stadt, was von diesen Männern auf der Pfingstweide gesagt worden war, sie selbst hatten ihre Reden durch den Druck veröffentlicht, und Niemand wagte es, zu behaupten, daß sie dieselben nicht treulich wiedergegeben. Darum fanden sich selbst unter den 24 Senatoren — Frankfurter Senatoren! — nur drei, welche bereit waren, auf das Schmerlingsche Ansinnen einzugehen. Ritter Anton von Schmerling wird vom Frankfurter Senate selbst zurückgewiesen! — Wozu der Senat sich nicht hergegeben, das erlangt das »Ministerium« vom Frankfurter Appellationsgericht. Und nicht nur die Genehmigung zur Einleitung der Untersuchung, sondern zur sofortigen Verhaftung dreier jener Männer ist nunmehr in Anspruch genommen. — Warum das? Nicht etwa weil man wirklich an eine Schuld derselben ernstlich glaubt, auch nicht darum allein, weil »Verhaftung« gravierender klingt als »Untersuchung« in den Ohren des Volks, sondern: wäre es denn nicht denkbar und wahrscheinlich, daß die betreffenden Männer selbst nach solchem Antrage eingingen auf die possenhafte Parodie, die man hier auf die Pariser Ereignisse aufspielt? Spielt Schmerling so trefflich den Cavaignac, warum sollten Jib, Simon und Schlössel nicht die Rollen Louis Blancs und Cavaignacs übernehmen und — das Weite suchen? — O, gelänge der Streich, dann — welcher herrlicher Sieg über die demokratische Partei! — Die Geflüchteten würden sobald nicht im Stande sein, sich wieder zu erheben aus dem moralischen Tode, in welchen sie sich hatten treiben lassen, und die ganze Partei behielte den ihr angeworfenen Schatten und Schimpf. Allein — diese Männer verschmähen die Comödie, sie werden nicht weichen und es wird ihnen ge-

*) Anm. der Red. Die Behauptung des Herrn Korrespondenten, daß Mieroslawski sich in Paris befindet, können wir bestätigen. Wir haben so eben Einsicht in einen Brief genommen, welcher in den letzten Tagen aus Paris hierher geschrieben wurde und in diesem findet sich ein Postscript von Mieroslawski's Hand.

lingen, den »schimpfenden Bedientenschwarm«, der gegen sie und ihre Partei sich erhoben, vor der ganzen Nation zu Schanden zu machen! — Weiter: Bajonette und Kanonen; Säbelregiment und erschlichene, künstliche Majorität, Verschimpfung ganzer Parteien und einzelner Persönlichkeiten: das ist noch lange kein genügender Schutz für dieses Ministerium und seine Partei. — Gefahr und Tod bedroht sie aus der gewöhnlichen parlamentarischen Redefreiheit; darum: auch diese muß vernichtet werden! Der Ordnungsruf des Präsidenten, der seither genügte, um die sogenannte »Ordnung des Hauses« aufrecht zu erhalten: er bietet keinen hinlänglichen Schutz mehr gegen die Gefahr, daß, trotz aller Unterbrechungen die Redner der Linken auf der Tribune die Schmach der Versammlung aufdecken. Dieser Gefahr wurde das Ministerium, seine Partei und sein Präsident sich bewußt, als in der Sitzung vom 3. d. M. ein Antrag der Abgeordneten Schmidt aus Schlesien und Wiesner aus Wien an den wahren Charakter der Gesellschaft in der Paulskirche erinnerte, und der erstere ihn — aller Unterbrechungen ungeachtet — kurz zu motiviren suchte. — Sofort wurde eine Art Injurien-Commission eingesetzt zur Berichterstattung über solches Auftreten und schon in der Sitzung vom 5ten hieß die Gesellschaft einen Antrag einiger »Unterstaats-Secretaire« gut, der dahin ging, ein **Disciplinar-Gesetz** zu entwerfen. — Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die ministerielle Majorität in der Verleugnung der Souveränität des Volkes consequent vorwärts gehen wird in diesem Disciplinar-Gesetz, d. h. daß sie diejenigen aus der Versammlung ausschließen, ihr **Mandat vernichten** wird, welche den Schulbuben-Gesetzen dieser Majorität die Anerkennung verweigern; aber — so oft wir uns auch in der Entschiedenheit der »Linken« getäuscht, wir zweifeln doch daran nicht, daß sie sich eher wird »maßregeln«, als daß sie »Abbiten« »Ersuchen« u. dgl. wird über sich verhängen lassen. Das ist der letzte Schritt, den die Majorität zu thun hat, um ihr Ziel — vollständige Usurpation der Souveränität — zu erreichen. Der Stimme des Volks, die sie zurückruft, leistet sie keine Folge, sie muß auch noch dahin kommen, diejenigen auszuschließen, welche das Volk nicht zurückruft, die ihr aber mißliebig geworden. Dann ist das Maß gefüllt, und wer Augen hat zu sehen, wird dann sehen müssen! —

[Die Ermordung des Fürsten Lichnowsky's] wird in der Allg. Z. von einem Augenzeugen, dem Dr. Hodde, folgendermaßen erzählt: »Ich war eben in meiner Wohnung in Bornheim angekommen, als am Güntersburger Weg ein Trupp Bewaffneter jubelnd zwei gefesselte Pferde heranzuführte. Ich eilte dahin und hörte das eine Pferd Lichnowsky geritten, er sei in ein Haus geflüchtet, man müsse ihn auffuchen. Ich beschwor die Leute keine Gewaltthat zu üben gegen einen Abgeordneten des Volks, gegen wehrlose Menschen. Da fielen an der Wohnung des Gärtners Schmidt zwei Schüsse; ich lief dahin und fand einen alten Mann im Schlafrock mit dem Tode ringen; eben brachte man seinen Hut, ich las den Namen des alten Unbekannten: General v. Kuerswald! Der Sterbende lag im Graben, das kahle verwundete Haupt abwärts. »Ach Gott, was habt ihr gethan! Schrecklich! Schrecklich! Ueber kurz oder lang stehen wir der halben Welt gegenüber, und ihr habt einen erfahrenen General ermordet!« Dieses und anderes sprach ich laut aus, da trat ein wohlgekleidetes Weib mit starken aufgeregten Gesichtszügen vor mich und schrie: »Was, Sie wollen diese Menschen verteidigen; sie haben nach mir geschossen!« Die schauerhafte Unthat in der traurigen mit Freunden oft besprochene nächste Zukunft des Vaterlandes zum Theil enthüllt erschien, der herzerreißende Anblick des Gemordeten gaben meinem schon entschiedenen Willen eine Festigkeit, an der die wilde Leidenschaft des todbenden Hauses sich brach.

Man hatte die Wohnung des Herrn Schnepf und Schmidt schon zweimal vergeblich durchsucht; da eilte einer mit der Axt nach dem Keller, ich auf dem Fuße nach; andere kamen dazwischen; Lichnowsky trat aus dem gewaltsam geöffneten engen Raume, und ich an seine Seite, jede Mißhandlung abzuwehren. Anfangs stand mir ein Frankfurter, Herr Willot, bei; gleich mir arg bedroht entfernte er sich Hülfe zu holen, die leider zu spät kam. Einer drohte mir mit dem Säbel; ich erklärte ruhig, sie könnten mich tödten, ich würde aber nicht von dem Gefährdeten weichen und gegen jede an ihm zu verübende Gewaltthat reden, so lange ich könne; ich spräche nicht gegen, sondern für ihre Sache, für die ich schon gekämpft und gelitten, als die meisten von ihnen noch in den Windeln gelegen. Ich mußte mich nun näher ausweisen, gab meine Wohnung an und einiges aus meiner Vergangenheit. Nach und nach brachte ich die meisten auf meine Seite; sie wollten nun den Fürsten als Gefangenen nach Bornheim führen; einer verlangte, daß er nach Hanau gebracht werde. Es kamen aber von beiden Seiten der Haide andere Bewaffnete zu uns, die immer wieder die übrigen aufregten. Ich machte deshalb einen der Führer darauf aufmerksam, daß er vom Sandweg und der eisernen Hand her umgangen und abgeschnitten werden könne. »Das ist ein rechter Mann, der meint es gut mit uns«, rief er aus, »wo ist der Sandweg?« Aber Niemand folgte der Mahnung des Führers die nahen Wege zu besetzen. Ich fühlte mich in meinem entschiedenen Willen ganz sicher und überlegen, und bat den Fürsten, der sehr aufgeregt war, nur ruhig zu bleiben. Ich würde ihn gewiß gerettet haben, wenn er diesem Rathe gefolgt wäre. Wir hat-

ten schon die Hälfte des Weges nach Bornheim zurückgelegt, da fiel es Einigen aus dem wilden Haufen ein, von dem Gefangenen ein Andenken zu gewinnen: sie rissen dazu seinen Rock in Stücke. Lichnowsky mochte die bestallte Verwilderung überhört haben; er wühlte, man wollte nun ernstlich an ihn, und mit lautem Ausruf dagegen griff er einem nach dem Gewehr. Da geriethen wieder Alle in Wuth, meine Stimme vermochte nichts mehr gegen das laute Toben, dem Fürsten wurde das Gewehr abgerungen, er erhielt einen Kolbenschlag auf den Kopf, ein anderer legte auf ihn an; der Bedrohte eilte von mir weg den Bäumen zu; der Schuß fiel, die Kugel durchbohrte den Unterleib von hinten nach vorn; er schrie laut auf, that noch einige Schritte und stürzte zusammen. Tief erschüttert ging ich nach meiner Wohnung, vor der Thüre verweilend hörte ich, daß Lichnowsky noch lebe und fortwährend mißhandelt werde; ich eilte zurück, gewann die bessere Umgebung, und wir trugen den noch am Kopf und an beiden Armen schauerhaft Verletzten nach dem Hause des Herrn Schmidt. Er erkannte mich wieder, fragte nach der Beschaffenheit seiner Wunden eröffnete mir seinen letzten Willen, klagte über heftige Schmerzen und verzieh laut seinen Feinden.

Auf dem Wege nach dem Krankenhaus, wohin ein darmstädter Offizier mit seinen Reitern auf meine Bitte zum Schutz gegen die Aufständischen und begleitete, begegnete uns Herr v. Bethmann und nahm den tödtlich Verwundeten in seine Wohnung auf. Nachdem ich für den mit dem Tode Ringenden die bestmögliche Lagerung, kalte Umschläge und alles, was zur Linderung dienen konnte, anfangs allein, später in Gemeinschaft mit Herrn Dr. Wolf angeordnet hatte, entfernte ich mich beim Donner der Kanonenschüsse, die dem unglückseligen Aufstand in Frankfurt rasch ein Ende machten. Später soll Lichnowsky noch ins Krankenhaus gebracht worden sein; er verschied gegen 1 Uhr Nachts.

Königreich Sachsen. Zwickau, 6. Okt. [Soldaten-Tumult.] Die Verhaftung eines vielleicht etwas zu freisinnigen Soldaten, Namens Fraß, vom hiesigen Regiment, führte heute gegen Abend eine Menge Soldaten vor das Quartier des Majors v. Hatz, welche die Freilassung ihres angeblich unschuldigen Kameraden verlangten. Da diesem Ansinnen nicht Genüge geleistet wurde, zogen sie in ihre Kaserne und kamen mit einbrechender Dunkelheit in Massen auf den Markt und von da vor die communliche Frohnbeste und verlangten stürmisch die Freilassung. Stadtrath Thost ermahnte den durch Civilisten vermehrten Soldatenhaufen zu geschicktem Benehmen und versprach, sich beim Commandanten für den Gefangenen zu verwenden. Inzwischen wurde Generalmarsch geblasen. Die Militärbehörde erklärte jedoch, das Verbrechen des Soldaten sei von der Art, daß er nicht freigegeben werden könne. Die nochmalige Aufforderung, sich ruhig zu zerstreuen, war erfolglos, mit wildem Schreien forderten die Tumultuanten, jetzt mehr Civilisten als Soldaten, ihren gefangenen »Bruder«, und bereits wurden Steine gegen die Thür der Frohnbeste geworfen. Zum Schutze des communlichen Eigenthums wurde nun, ungefähr 18 Uhr, die Communalgarde zusammengerufen; ehe sie aber, die überhaupt diesmal leider schwach erschien, beisammen war und einschreiten konnte, war bereits das Gefängniß erstürmt, während das in unmittelbarer Nähe aufgestellte Militär dem verbrecherischen Treiben ruhig zusah. Endlich war Fraß befreit und wurde unter lautem Witzgeschrei davon geführt. Gegen die ziemlich Anzahl von Soldaten, welche sich bei dem Sturme betheiligt haben, wird strenge Untersuchung nicht ausbleiben. Der Abend ist ohne weitere Störung vorübergegangen. (L. Z.)

Sächsische Herzogthümer. Altenburg, 6. Oct. [Landschaftssitzung.] Die gestrige Sitzung der Landschaft war in mehrfacher Weise bemerkenswerth. Der Abg. Erbe scheute sich nicht, zwei seiner Mitabgeordneten, die als durchaus freisinnig bekannten Herren Laurentius und Hesse, fast unumwunden mit dem Prädicate von »Volksfeinden« zu belegen. Später ließ sich der Abg. Weißgerber zu einer noch stärkeren Invektive gegen den Abg. Hesse hinreißen, in Folge deren jedoch sich die ganze Kammer gegen ihn erhob. Minister von Planitz gab bezüglich der an das Ministerium ergangenen Aufforderung, gleichfalls gegen die militärische Besetzung des altenburger Landes bei dem Reichsministerium zu protestiren, eine Erklärung ungefähr folgenden Inhalts ab: Wenn die Frage an ihn gestellt werde, ob im hiesigen Lande nicht anarchische Zustände vorlägen, welche eine militärische Besetzung nothwendig machten, so könne er dieselbe mit gutem Gewissen nicht mit Nein beantworten. Dagegen versicherte er, daß das hiesige Ministerium, außer am 18. Juni, nie um militärische Unterstützung nachgesucht habe; die Behauptung, daß die militärische Besetzung des Landes von dem altenburgischen Ministerium beantragt sei, möge diese Behauptung ausgehen von wem sie wolle, von dem sächsischen Minister v. d. Pfordten oder von dem Reichsminister v. Schmerling, müsse er als eine Unwahrheit bezeichnen.

Fürstenthum Reuß. [Abdankung.] Die seit einiger Zeit verbreiteten Gerüchte von der beabsichtigten Abdankung des Fürsten Reuß-Eberdorf (Heinrich LXXII. geb. 1797, gelangte zur Regierung im Juli 1822, und ist unermählt) erhalten ihre Bestätigung durch die folgende Urkunde, kraft deren er seine Regierung niedergelegt hat:

Geraume Zeit ist es mein Vorsatz, wegen meiner erschütterten Gesundheit die Führung der Regierung niederzulegen. Jetzt bei den Anstrengungen der Neuzeit, in die ich vom Krankenzimmer geworfen war, ist es gebieterische Pflicht. Und — schwarzer unerwarteter Unbath von mancher Seite hat mein Wirken abgeschnitten. Deshalb — habe ich schon im April am rechten Ort

meinen unwillkürlichen Entschluß ausgesprochen, auszuscheiden. Diesfallsige Vereinbarung ist endlich erfolgt. Ich lege, kraft dieses, zum Besten meines verfassungsmäßigen Nachfolgers, Ihres des regierenden Fürsten von Schleiz Durchlaucht und Lieben, die Regierung nieder. Treu glaube ich 26 Jahre lang mit Aufopferung für meine Bahnpflicht: »Volkswohl ist Fürstenlust!« Reform, nicht Revolution! gewirkt zu haben. Wenn mir's nicht ganz möglich war, wenn mein öffentlicher Character verschleiert, so wirkte dazu ungünstige Umstände, d. i. unsere starren Gemeinschaftszustände, starre Bundes- und Protokollen-Nacht. Nun die große Zukunft wird Alles bessern! Mein Trost über Bitteres ist die feste Hoffnung, die ich schon am 21. März öffentlich aussprach: »Ein freies, großes, starkes Deutschland, so weit seine Sprache.« Für das — der letzte Blutstropfen. Mein herzlichstes Lebewohl denen meiner theuern Landsleute, die mir einen Rest von Liebe schenken. Urkundlich meiner eigenhändigen Vollziehung und Bedrückung meines fürstlichen Wappens. Den 1. Okt. 1848. S. d. LXXII. Fürst Reuß.

Schleswig-Holstein. Flensburg, 3. Octbr. [Die Entstehung der Immediat-Commission und Uebergriffe der Dänen.] Welchen Antecedenzen die todtgeborene Immediatcommission ihr Entstehen verdankt, mögen folgende, einem Privatschreiben aus Kopenhagen entnommene Thatfachen zeigen. In der Person des Kammerherrn, Grafen Blücher-Altona, Hofchef der verwittweten Königin Karoline Amalie, sandte das dänische Ministerium, bei Gelegenheit der Waffenstillstandsverhandlungen der Nationalversammlung, einen Commissär nach Frankfurt a. M. Als nun in der Nationalversammlung sich Zwiespalt zeigte, und ein allgemeines Zerwürfniß in Deutschland seiner Meinung nach erfolgen würde, hatte der Herr Graf nichts Eiligeres zu thun, als nach Kopenhagen zu berichten, die Nationalversammlung werde sich ehestens auflösen und die Centralgewalt in sich selbst zerfallen, so daß Schleswig-Holstein, da Preußen sich auch nun zurück gezogen hätte, alles Verstandes von Frankfurt aus baar und verlustig sein werde. Die Casinoherrn, denen solche Nachricht gelegen kam, unterließen nicht, König Friedrich VII. zur Ernennung der einseitigen Immediatcommission zu vermögen. Jetzt sieht man ein, wie bitter man getäuscht worden. — Daß dänische Kriegsschiffe einige schleswig-holsteinische Schiffe bei Sonderburg weggekapert, wird Ihnen bereits bekannt sein. Gestern haben sie wiederum zwei flensburger Schiffe bei Sonderburg gewaltsam das Brandzeichen »Danst Eiendom« aufgedrückt, nachdem sie das schleswig-holsteinische Zeichen ausgemacht hatten. Diese Willkürlichkeiten dänischer Seite werden unermüdlich fortgesetzt, ohne daß man ihnen einigem Widerstand entgegensteht; es ist aber jetzt Zeit, daß dagegen energisch eingeschritten werde, und die provisorische Regierung ist dazu befugt, so lange sie am Ruder ist. — Ein königlich-dänischer Erlaß vom 23. v. M. verordnet eine außerordentliche Aushebung der seither vom Kriegsdienste befreiten Bevölkerung Dänemarks, da auf Grund der gegenwärtigen Verhältnisse es für nothwendig angesehen ist, die unter Waffen stehende Kriegsmacht zu vermehren. (D. P. M. Z.)

Baden. Karlsruhe, 5. Okt. [Ankunft der Gefangenen.] So eben kamen mit einem Extrazug die fünf Gefangenen: Strube, Blind, Dufar, Bauer und Trautmann, unter starker militärischer Bedeckung (in jedem Wagen einer der Gefangenen und gegen 30 Soldaten) in hiesigen Bahnhof an, um nach einem kurzen Halt nach Klempenhusen bei Bruchsal verbracht zu werden. Man hat doch einsehen müssen, daß die nassen Kasematten auf der deutschen Bundesfestung Rastatt, in denen das Wasser an den Wänden herunterläuft, sich nicht zur Wohnung für Menschen eignen.

Oesterreichischer Kaiserstaat. Breslau, 11. Oktober, 5 Uhr Nachmittags. Die Wiener Post ist ausgeblieben. Ueber die Ursache des Ausbleibens ist nichts bekannt. (S. die außerordentliche Beilage.)

Frankreich. Paris, 5. Okt. [Officielle Berichtigung.] Die »Presse« hatte gestern angezeigt, daß Oesterreich alle Unterhandlungen wegen der französisch-englischen Vermittlung plötzlich abgebrochen und die Vermittlung selbst zurückgewiesen habe. Der Moniteur du soir erklärt sich für ermächtigt, diese Nachricht der »Presse« für eine grundlose Lüge zu erklären.

[National-Versammlung. Sitzung v. 6. Oktober. Anfang halb 1 Uhr.] Präsident Marrast. An der Tagesordnung ist der Artikel 41 der neuen Verfassung, die Präsidentenfrage. Fresneau, gestern Abend unterbrochen, setzt seine Rede fort. »Bürger,« beginnt er, »erbet Ihr, wenn Ihr den Präsidenten selbst ernennet, darum eine demokratische Republik wirklich besitzen? Wird unter einer Executivgewalt, die von Euch ausgeht, die Landes-Regierung liberaler sein, als die gestürzte Juli-Monarchie? Man warf dieser Egoismus vor, doch können Sie nicht leugnen, daß sich manche edle Stimme in Ihren beiden Kammern erhob.« Trotz zahlreicher Unterbrechungen setzt der Redner seinen Vortrag fort. Ihm zufolge führe die Ernennung des Präsidenten durch die National-Versammlung zu abschließender Oligarchie. Er hege kein Mißtrauen zum Lande; daß sei das einzige Mittel, ihm seine natürliche und regelmäßige Action wiederzugeben. (Weißl zur Rechten. Fischen zur Linken.) Er stimmt für die Volkswahl. Greby: Sein Antrag enthalte ganz neue Grundsätze. Er will, daß die Versammlung den Präsidenten wähle, daß dieser sich das Ministerium bilde, daß er verantwortlich sei, daß er seine Minister absetzen könne. Ein Präsident, vom Volke gewählt, würde sich über uns bücken, wir wären wieder in der Monarchie. Ein gemischtes System müßte uns zum Bürgerkrieg führen; das sogenannte Gleichgewicht zwischen den Staatsgewalten ist eine Schwärmerie des vorigen Jahrhunderts, eine Erfindung Englands. (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage und einer Extra-Beilage.

Darum keine Doppel-Staatsgewalt, keine Doppel-Souverainetäten über oder neben einander. Ein Volkscongreß, wie wir ihn vorstellen, ist die stärkste Regierung. Zulest de La Roche, von der Rue du Poitiers: »Regierungen, deren Gewalten in einer Hand oder in einem Körper verschmolzen sind, werden stets dem Unvorhergesehenen erliegen. Nur getrennte Gewalten sind dauerhaft. Die Welt besteht nicht erst seit dem 24. Februar. Der Redner schlägt als Mittel gegen die Gährung die Wahl in zwei Graden vor. Nach einem unerheblichen Vortrage Leblond's bestieg Lamartine die Rednerbühne. »Außer der Bewegung, die ein Redner in einer so wichtigen Frage fühlt,« begann dieser, »empfinde ich noch eine gewisse Unentschlossenheit, um mich nach den vorhergehenden Rednern auszusprechen. Zunächst scheint es mir, als ob die Redner in einer gewissen Verwirrung befangen wären über die fünf Artikel, die gegenwärtig zur Verathung vorliegen. Sie haben die Frage verwirrt. Es handelt sich hier nur darum, ob die Nationalversammlung oder das Volk den Präsidenten der Republik wählen müsse. Ich bekenne laut, daß ich Niemand anders als das Volk und nur das Volk wählen muß. Ein Hauptgrund, warum man der Nationalversammlung dieses Geschäft überlassen will, besteht in der Stimmung des Landes. Wohl, diese Stimmung ist der Präsidentenwahl nicht gefährlich. Die Präsidenten der Legitimisten, fuhr der Redner fort, seien weniger als je zu fürchten, sie beriefen sich weniger als je auf das Recht von Gottes Gnaden. Was Louis Bonaparte betreffe, so wisse das Volk recht gut, daß sich der Ruhm nicht vererbe, also auch dieser Präsidenten sei nicht gesichert. Angenommen, die Versammlung erwählte den Präsidenten mit 20, 30, 40 oder noch mehr Stimmenmehrheit, was wäre das für eine Zahl gegen die moralische Macht, die ihm Millionen Stimmen des Volkes verliehen! (Bravo zur Rechten.) Die Republik sei in Gefahr, höre man von verschiedenen Seiten, wenn die Nationalversammlung den Präsidenten nicht selbst wähle, sie stehe noch auf zu schwarzen Füßen. »O, rief Lamartine, »ich habe wohl das satyrische Lächeln auf den Lippen dabüben gesehen, als ein Vorredner die Unhaltbarkeit der menschlichen Dinge andeutete. Wohl, glaubt Ihr, nach der Präsidentenwahl würden die Dinge sogleich besser werden? O nein, dazu bedarf es noch vieler Jahre. Entzieht also dem Volke, dem Ihr die Waffen in die Hand gabt, dem ihr die Verteidigung des Landes vertraut, nicht das Stimmrecht. Vergäbe es sich selbst, ja, ließe sich die Waffe sanftisieren und im Gaslopp zur Monarchie zurückführen, dann wären wir förmlich die Besiegten; aber jene Besiegten vom Pharos. Alea jacta est — der Würfel ist gefallen! Eine solche Niederlage wäre unsere Abolition vor der Nachwelt.« Der Redner verließ sehr erschöpft die Tribüne. Er hatte 1½ Stunden gesprochen. Um ½ vor 6 Uhr ging die Versammlung aus einander.

Großbritannien.

London, 5. Octbr. [Frische Zustände.] Das Prozeßverfahren gegen die irländischen Anführer in Clonmel wird wegen der großen Anzahl von Zeugen, welche zu verhören sind, nicht vor morgen zum Schlusse gebracht werden können. Vorgeföhrt war man noch mit Zeugenverhören beschäftigt. Die Nachrichten aus Irland in Betreff der Lebensmittelfrage lauten sehr günstig. Die Hafer-Ernte ist sehr ergiebig ausgefallen, und diese, so wie die reichlich vorhandenen Gemüsesorten ersetzen einigermaßen den Mangel an Kartoffeln. Die Times schreibt in einem leitenden Artikel über Irlands gegenwärtige Stellung zu England Folgendes: »Ein neuer Winter kommt heran, und Irland wendet sich wieder an die Theilnahme und Sorgfalt ihrer vorsichtigeren und glücklicheren Schwester. Die Empörung ist zwar unterdrückt, aber nicht die Hungersnoth. In großen Districten ist die Kartoffel-Ernte eben so sehr mißrathen, wie dies vor zwei Jahren der Fall war, und bei der Wiedertehr der Ursache müssen wir auch die Erneuerung der unglücklichen Folgen erwarten. Es sind jedoch einige Umstände zu unseren Gunsten. Die Weizen-Ernte ist nicht so schlecht ausgefallen als 1846. Auch herrscht keine allgemeine europäische Hungersnoth, und es ist eine solche auch nicht wahrscheinlich. Wir haben ferner den Vortheil unserer früheren Erfahrung. Daher wird, Alles erwogen, die Schwierigkeit sich darauf beschränken, nur gewisse Districte durch die bereits bestehenden Einrichtungen und, so viel als möglich, mit lokalen Hülfsmitteln zu unterstützen. Wirklich sind seit vielen Wochen schon bedeutende Theile der westlichen Bevölkerung, wie z. B. an der wilden Küste des unglücklichen Connemara, durch regelmäßige Vertheilungen von Hafer-Mehlsuppen, welche die Fonds der Armenverbände geliefert haben, unterstützt worden. Wenn dies schon jetzt der Fall ist und mitten in der Zeit der Ernte und der offenen Fischei fortgesetzt werden mußte, was muß denn erst werden, wenn der Boden durch den Frost verschlossen oder mit Schnee bedeckt ist, und das Meer sowohl dem Fischer als dem Auswanderer seine gewohnte Gasfreundchaft versagt. — Wir glauben jedoch, es könne kein Zweifel sein, daß Irland im Stande sei, sich selbst zu erhalten. Und in der That, wer bezweifelt dies? Das Geschrei der Empörung ist ja gerade, daß Irland seine Erzeugnisse für sich behalten solle; eine Forderung, welche zwar viele Thorheit und Unredlichkeit in sich schließt, aber doch bezeugt, daß nach der allgemeinen Meinung Irland im Stande ist, sich selbst zu genügen. Wir haben daher nur der Wohlhabenheit Irlands dessen Armuth entgegen zu setzen und aus den mehr begünstigten Gegenden das Material und den moralischen Beistand, welcher von den übrigen Gegenden gefordert wird, hinüber zu ziehen. Es liegen zwei Fälle vor und, zwar nur zwei. Entweder müssen wir ein irländisches System haben, welches für Irland hinreichend genügt, ohne daß es beständig die Güte Englands in Anspruch nimmt, oder es muß ein allgemeines Reichthum ohne Rücksicht angewendet werden. Entweder Irland muß die Last seiner großen Armenhäuser und

seiner Pestbeulen des Elends, sei es vermittelt einer Steuer vom Eigenthum, sei es auf andere umfassende Weise, redlich auf alle seine Hülfquellen vertheilen, oder es muß sich als Bedingung seiner Unterstützung durch das Reich auch der allgemeinen Besteuerung des Reiches unterwerfen.«

[Aktenstück, die Angelegenheiten Siciliens betreffend.] Die Times bringt heute alle diplomatischen Aktenstücke, die den Waffenstillstand auf Sicilien vorbereiten haben. Aus demselben geht klar hervor, daß das neapolitanische Gouvernement erst auf die energischen Drohungen des englischen und französischen Gesandten hin die Feindseligkeiten in Sicilien suspendirt hat. In der ersten Depesche des französischen Geschäftsträgers Raynebal an den Conferenzpräsidenten Fürsten Cariate macht derselbe bereits Vorstellungen gegen die Absicht des Königs, Sicilien wieder zu erobern und deutet darauf hin, daß der König dadurch sicherlich die Sympathie Englands und Frankreichs einbüßen werde. Den 10. December richtete Lord Napier eine Note an das neapolitanische Gouvernement, worin er den König auffordert, weitere Feindseligkeiten einzustellen, und auch die Andeutung fallen läßt, daß das britische Geschwader einschreiten würde, falls die Graufamkeiten von Messina an andern Orten sich erneuern sollten. Hr. Raynebal stellte unter dem 10. September dasselbe Gesuch, allein in härteren Worten; es geht daraus hervor, daß Admiral Baudin auf die Kunde von den Ereignissen zu Messina dem Commandanten der französischen Seemacht an der sicilianischen Küste den Befehl gegeben, vom Commandanten der neapolitanischen Streitmacht Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen, und wenn es Noth thue, den beiden streitenden Parteien die provisorische Einstellung der Feindseligkeiten aufzuzwingen. Aus der Antwort des Fürsten Cariate an Hr. Raynebal ergiebt sich so viel, daß das neapolitanische Gouvernement in dem Glauben gewesen zu sein scheint, daß Frankreich sich um Sicilien nicht mehr kümmern werde, indem Vastice dem Grafen Rudolf die Worte sagte: für den Augenblick wünschen wir außerhalb der Frage zu bleiben. Dem Lord Napier gegenüber beschwert sich das neapolitanische Gouvernement, daß die Forderungen des französischen und englischen Gesandten die Rechte des Königs als freien Souverains beschränkten, sich darauf beziehend, daß Lord Palmerston in einer Unterredung mit dem neapolitanischen Gesandten den 4. August keine Unzufriedenheit darüber geäußert, daß wahrscheinlich ein bewaffnetes Corps nach Sicilien geschickt werden solle. Schließlich protestirt das neapolitanische Gouvernement wider die Annahme der beiden Gouvernements der siegreichen Unternehmung des neapolitanischen Oberbefehlshabers Schranken zu setzen. Nichtsdestoweniger sind die Feindseligkeiten vorläufig vom Fürsten Satriano eingestellt worden, bis sein Gouvernement ihm weitere Instructionen erteilen würde. — Das »Chronicle« beschuldigt Palmerston, daß er den Sicilianern unter der Hand Beistand leiste. Den König von Neapel nimmt es ziemlich in Schutz und sagt unter anderm: möge sein Character auch immer sein wie er wolle, so roh und schwarz wie man ihn schildert, ein schlechtes Daguerrothp seines Verwandten Dom Miguel, wir sind nicht minder ehrenhafter Weise verpflichtet, jene Neutralität zu bewahren, die wir ausdrücklich übernommen haben.

Rußland.

**** Von der polnischen Grenze.** [Die Absichten des Czaren.] Ich theile Ihnen einen Abschnitt eines Briefes aus Warschau mit, der für die Leser der Allgem. Oder-Zeitung nicht uninteressant sein wird.

»Glaube nicht, daß ich Willens bin Dir die Absichten des Czaren in Hinsicht auf uns und auf andere Völker zu enthüllen. — Dies wäre meinerseits ein unverzeihlicher Eigendünkel und zwar um so mehr als ich selbst keinem Publicisten verzeihen kann, der sich aumaßt, die Pläne des Herrn aller Reußen durchschaut zu haben. — Niemand weiß sie und Niemand vermag sie auch kennen zu lernen; denn Nicolaus ist nicht Alexander, ein Mann, der wenigstens gegen seine Freunde aufrichtig und offenherzig war. — Der heutige Czar ist, war und wird auch für Alle ein Räthsel bleiben und man findet in ganz Rußland Niemanden, den man als seinen Vertrauten ausgeben könnte. — Aber die geheimnißvollen Pläne, wenn sie auch in dem Kopfe eines schrecklichen Riesen erzeugt wurden, bleiben nichts desto weniger menschliche Pläne, d. h. sie sind gänzlich von den inneren und äußeren Verhältnissen des Reiches abhängig und als solche in jedem Augenblicke der Veränderung unterworfen. Wenn also dieser Umstand, was der Czar denkt und projectirt gering anzuschlagen ist, um so wichtiger ist das Erwägen jener Verhältnisse, in denen er und sein Reich sich befindet. Diese Verhältnisse prophezeihen uns eine sehr nahe und gänzliche Reorganisation des ganzen russischen Kaiserreichs in Hinsicht der Freiheit und des Fortschrittes. Uebrigens wird wohl dieses nach der Wiener Revolution Niemand mehr bezweifeln wollen! — Der Czar, wie es leicht zu enträthseln ist, würde gern ewig ein Despot Rußlands bleiben wollen — daran zweifelt Niemand; aber seine Unterthanen geben, indem sie von allen Seiten den Wiederhall der Freiheit hören,

schon hie und da ihre Angebuld kund. — Seit einigen Monaten klagen Alle; Niemand ist mit seiner Lage zufrieden; ein Jeder sehnt sich nach einer Veränderung und glaubt auch an dieselbe, wenn er auch nicht so viel Muth hat, selbst für dieselbe etwas thun zu können — kurz — man sollte meinen, es habe sich auf einmal ein gewisses moralisches Fieber der Köpfe Aller bemächtigt; und dies ist nicht so sehr als Folge der Pariser als vielmehr der Wiener und Berliner Revolution anzusehen, die auf die hiesigen Gemüther den größten Eindruck machten. Früher konntest Du niemals einen Russen über Politik disputiren hören; heute dagegen spricht er schon ziemlich laut über Freiheit, Demokratie u. s. w. und daß er dabei natürlicherweise Gelegenheit findet, die gegenwärtigen Staatsverhältnisse zu kritisiren und daß er die Veränderung derselben als eine nothwendige und zuverlässige ansieht, ist wohl nicht mehr als recht. — Es versteht sich von selbst, daß er dabei stets eine glänzende Zukunft des Slaventhums vor seinen Augen hat, und hiernach urtheilend, scheint es, als wenn jetzt die Ehre und der Ruhm für den Russen einen größeren Reiz zu haben begonnen! . . .

»Alle Völker, sagte mir unlängst eine Militär-Person hohen Ranges, haben ihre glänzenden Perioden des Ruhmes bereits erlebt; jetzt ist an uns die Reihe, an uns Slavnen. Gedenket aber ihr Lehen (so werden die Polen von den Russen genannt), daß weder uns noch Euch noch irgend einem Slaven so lange geholfen werden kann, bis wir uns alle die Bruderhand reichen. — Uebrigens wo habt Ihr andere bessere Freunde! — vielleicht die Franzosen oder die Deutschen? »Wahrlich, es wäre lächerlich, wenn Ihr nach so vielen Erfahrungen noch auf ihre Hilfe und auf ihre Freundschaft vertrauen solltet!« Ich führe diese Worte hier an, da ich sie sehr oft gehört und da in denselben der Gedanke der Mehrzahl wahrer Russen enthalten ist. — Ich sage wahrer Russen, denn diese muß man von jenen deutschen Renegaten unterscheiden, welche in der That die einzige Stütze des despotischen Czaren sind, von denen die größere Hälfte bedeutenderer Civil- und Militär-Ämter besetzt ist. — Wehe dem, der in die Klauen eines solchen Renegaten fällt! — Aber die Strafe des gerechten Gottes kann sie nicht verfehlen! Wehe! wehe ihnen, wenn hier in Rußland eine Veränderung erfolgt! . . . Denn wenn auch die Polen in wohlwollender Brüderschaft mit den Deutschen leben könnten, so fühlen die Russen dennoch vor dem germanischen Elemente den größten Abscheu.

Nicolaus ist scharfsichtig genug, um die ganze Heranbildung, die umfangreiche Befähigung der höheren Klasse des russischen Volkes zu erkennen und zu sehen, daß die Grundlage seines Despotismus schon zu wanken beginnt. — Es ist nur die Frage, was er in diesem Falle thun werde, ob er um die Erhaltung der gegenwärtigen Sachlage auf alle mögliche Weise sich bemühen werde? oder ob er Verleumdung und Ruhen ziehend, aus den Erfahrungen anderer Fürsten, den Weg des nothwendigen Fortschrittes betreten werde? Das Letzte ist nach der Meinung des größeren Theils der intelligenten Russen am wahrscheinlichsten, denn es kann ja übrigens, sagt man, der Despotismus von allen Seiten mit der Freiheit bedroht, auf seinen Fall länger sich erhalten. Viele behaupten sogar, daß diese Veränderung in einer sehr kurzen Zeit erfolgen müsse, und daß ihr erstes Zeichen in Polen erscheinen werde. — Hier ist nun wiederum die Rede von dem Fürsten Leuchtenberg als von dem zukünftigen constitutionellen polnischen Könige. Zu diesem Zweck erwartet man auch Nicolaus in Warschau. Es werde übrigens, was da wolle; gewiß ist aber, daß die heutigen Russen das Verbrechen ihrer Vorfahren, welches an der polnischen Nation ausgeübt war, wohl erkennen. — Ich spreche hier, wie es sich selbst versteht, von den gebildeten Russen — und sie würden lieber in uns freie und unabhängige Freunde, als so gefährliche Sklaven sehen. Dies ist der Fortschritt seit der letzten Revolution — in kurzer Zeit können wir einen größeren erwarten.

Lokales und Provinzielles.

A Breslau, 10. Oct. [Noch einmal Herr Haase — der Deputirte Herr Haase.] Wie herzlich leid es uns auch thut, so sehen wir und doch geduldsig, noch einmal auf den Deputirten für Jauer, Herrn Haase, zurückzukommen. Herr Haase ist ein ehrlicher Mann — wie oft haben wir das schon wiederholt, und wenn wir ihm im Augenblicke einen kleinen Irrthum nachweisen, so möge man das ja nicht als einen Beweis gegen obige Behauptung ansehen. Es liegt uns nämlich der zweite ganz ergebnisse Bericht des Professor Haase an seine Wähler vor; wir wollen nicht auf die wirklich mit seltener Biederkeit eingestreuerten Verdächtigungen eingehen, die Herr Professor Haase auf seine Gegenpartei häuft — o nein! trotz dieser Verdächtigungen könnte Herr Haase ein ehrlicher Mann bleiben — denn nicht er thut dies, sondern seine Partei befiehlt es ihm. Aber die Sache der Landente liegt ihm so am Herzen, es thut ihm herzlich weh; man sieht eine Thräne in seinem Auge schimmern über das Elend und die Noth der Landente; es ist wahrhaft erschrecklich — aber endlich ist ein Mittel ge-

funden. Und dieses Rettungsmittel — welches ist es? Herr Haase sagt: »Zuerst war es nöthig, alle Prozesse und Ablosungen aufzuhalten, die jetzt noch schweben; denn wäre das nicht geschehen, so würden die Gerichte und die General-Commissionen hatter noch nach alter Weise verfahren sein; was einmal entschieden wäre, ließe sich hinterher nicht ändern; die Belasteten hätten auf diese Art die Vortheile der neuen Gesetze eingebüßt und hätten obenein die Kosten zu tragen gehabt. Dies war also das Erste und Nöthigste; darauf hat einer meiner Freunde schon vor 4 Monaten angetragen; die äußerste Linke hat die Sache immer verdrängt.« Endlich ist es gelungen: die Prozesse werden sistirt. Aber wer hat diesen Antrag gestellt? Die Rechte? nach Herrn Haase ja! aber nach den stenographischen Berichten: Herr Eisner von der Linken! Aber nachdem dieser Antrag gestellt worden ist, hat — o politische Ehrlichkeit! — hat Professor Haase — es ist wirklich eührend — gegen die Sistirung gestimmt; gegen einen Antrag, welchen er in dem Streben an seine Wähler als »das Erste und Nöthigste!« bezeichnet!!!

Es ist wirklich fatal, warum giebt es aber auch namentliche Abstimmung und stenographische Berichte? Auch hat Herr Haase gegen den Antrag gestimmt: »daß Preußen sich der Centralgewalt zu fügen habe.« Und warum hat er dagegen gestimmt? »Weil es jetzt noch nicht an der Zeit ist, Deutschlands Zukunft zu ordnen.« Er hat zwar die betrübende Erfahrung machen müssen, recht herzlich ausgelacht worden zu sein — indeß sein dritter Bericht sagt uns gewiß, wie sehr er für Deutschlands Einheit bemüht gewesen ist.

Nun, habe ich nicht Recht, wenn ich sage: Herr Haase ist und bleibt doch ein ehrlicher Mann? Wir werden uns auch ferner bemühen, die Beweise für Herrn Haase's Ehrlichkeit beizubringen — und wer an ihr zweifelt, den — erklären wir auch für einen ehrlichen Mann!

A Breslau. [»Wir werden es den Herren Offizieren zur Pflicht machen, nicht reactionär zu sein.«] Am 8ten v. rückten etwa 240 Mann der von dem 2. Bataillon des 10. Regiments entlassenen Reserven aus Glogau aus, um nach Breslau zu marschiren. Sie hatten sich eine schwarz-roth-goldne Fahne zum Zeichen daß sie Deutsche seien, machen lassen und wollten diese vorantreiben: Sie entfalteten diese mit Hurrah. Da commandirte der Lieutenant Schall Halt! und gebot, »der Lappen solle augenblicklich heruntergenommen werden; die deutsche Fahne zu tragen sei mit den militärischen Grundfäzen nicht vereinbar. Er sei überzeugt, »die Soldaten seien Alle gut preußisch, und die Wenigen, die deutsch gesinnt wären.« (man bewundere diesen scharfsinnigen Unterschieb!) »können sich in Breslau mit dreifarbigem Fahnen einwickeln, dagegen wolle er nicht einwenden.« Auf die submissivste Frage, ob der Herr Lieutenant wohl erlauben würde, die preußische Fahne voranzutragen, erwiderte der preußische Herr Lieutenant: »ja, die erlaube ich, die deutsche aber unbedingt nicht.« Auf die Einwendung, daß ja auch der König die deutsche Fahne trüge; hatte er die schlagende Erwiderung: »daran haben wir uns gar nicht zu kehren.« Wiederholte Versuche, die Fahne aufzustecken, bedrohte er mit strenger Strafe. Die Reserven sollen fest entschlossen sein, bei ihrem Einzuge morgen in Breslau doch die deutsche Fahne zu entfalten.

Nur nicht reactionär! meine Herren Offiziere! Immer gut preußisch!

Breslau, 10. Oct. [W. Altmann's Anstalt zur Aufnahme von Knaben außer der Schulzeit.] So viel Uebelstände eine volkreiche Stadt für Kinder, welche die höheren Schulen besuchen müssen, auch mit sich bringt, so viel Mittel bietet sie doch auch wieder zur Erleichterung des Lebens für eben diese Jugend dar. Auf ein solches macht der Unterzeichnete durch diese Zeilen aufmerksam. Es ist nämlich hier (Herrenstraße Nr. 20) ein Institut eröffnet worden, welches Schulknaben zarteren Alters, besonders auch Schüler der unteren Klassen höherer Schulanstalten, außer der Schulzeit täglich 3—4 Stunden aufnimmt und wo man sie unter Aufsicht arbeiten läßt, sie durch zweckmäßige Nachhülfe bei gutem Rathe erhält, nach vollendeter Arbeit mit den Einen muscirt, mit den Andern spielt, spaziren geht &c. Der Schule wird dadurch jener Stachel genommen, den sie für schwächere Schüler so oft hat; den Kindern wird das Jugendleben bei der Gewöhnung an Erfüllung ernster Pflichten nicht verbittert, den Eltern aber eine Sorge abgenommen, welche oft schwer genug drückt, und das Alles — für ein mäßiges Honorar. In der That, dieß Institut unter seinem kinderfreundlichen und gewissenhaften Leiter verdient empfohlen zu werden.

Knüttell, Prediger an St. Barbara.

A Breslau, 10. October. [Der Abgeordnete Minkus und seine Verhaftung.] Wir sind durch einen Brief des Abgeordneten Minkus in den Stand gesetzt, die von der Kreuzzeitung »mit Gott für König und Vaterland« und von der Ober-Post-Amts-Zeitung verbreitete Nachricht, daß derselbe verhaftet sei, aufs Bestimmteste zu widerlegen und geben somit dem Reichs-Justiz-Ministerium die Auskunft, die Herr Robert Mohl erst von dem preußischen Ministerium einholen wird. Daß natürlich die übrigen Nachrichten über die Volksversammlung in Landsberg D. S. &c. eben so erlogen sind, wie jene Nachricht, wird man ohne Zweifel glauben. Herr Minkus ist bereits nach Frankfurt

abgereist und Herr Robert Mohl erspart die Verantwortung einer Interpellation.

× **Liegnitz, 8. Oct.** [Die Vereine.] Einem Referate des hiesigen Stadtblattes über die am 17. v. M. abgehaltene Sitzung des Vereins für constitutionelles Königthum, resp. Preußenberichts entnehmen wir der Merkwürdigkeit halber folgende Stelle: »Herr v. Wartenberg (Leutnant aus Wahlstatt und in der ganzen Gegend als erster Reactionär bekannt) äußerte sich in einer Besprechung über den bekannten Beschluß der Nationalversammlung vom 7. Sept. in Betreff des Heeres. Derselbe hob namentlich hervor, daß die Partei der äußersten Linken, welche jenen Beschluß mit Hilfe des ungewandten Verhaltens des Ministeriums, der großen politischen Unbildung eines zahlreichen Theils der Nationalversammlung und der Anwendung vielfacher Einschüchterungsmittel auf die schwachen Gemüther in derselben durchgesetzt, dabei die thatsächliche Beseitigung des Königthums im Auge gehabt habe, um eine republikanische Conventsherrschaft, d. h. ihre eigene Willkürherrschaft an dessen Stelle zu setzen. Ihr Verfahren sei ein unredliches, heuchlerisches, lügenhaftes. Im Namen der Volksfreiheit biete sie dem Volke für den früheren, meist milde geübten Absolutismus des Königs die Tyrannei einer unfähigen, vom Pöbel der Hauptstadt beeinflussten Versammlung. Der Redner gründete auf seinen Vortrag den Antrag auf Anschluß des diesseitigen Vereins an eine Adresse des Vereins für König und Vaterland, in welcher Se. Majestät der König gebeten wird, dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 7. Sept. seine Genehmigung zu versagen.« — Wir erkennen aus diesem Referate, welches jedenfalls aus der Feder eines Vereinsmitgliedes geflossen ist, deutlich genug die Gesinnung des Herrn v. Wartenberg und die Tendenz des Vereins für constitutionelles Königthum. Wenn das nicht reactionäre Bestrebungen sind, dann wissen wir nicht, auf welche Weise sich dieselben äußern sollen. Und was geschieht? Der Kriegsminister hat den bekannten Armeebefehl erlassen, aber in der Armee wird von einem großen Theile der Officiere das reactionäre Element nach wie vor gepflegt. Herr von Wartenberg giebt sich mit seinen Sinnesgenossen wenigstens alle Mühe, dasselbe zum munteren Brande anzufachen.

Am verflossenen Donnerstage, den 5. d. M., hat sich hieselbst auch ein Landwehrverein gebildet. Derselbe hat ganz besonders die Interessen der Gegenwart ins Auge gefaßt und sich zur Aufgabe gestellt, sowohl die Angelegenheiten des Volkes, als die des Militärs, so weit dieselben zeitgemäß sind, verwirklichen zu helfen. In den Verein können aufgenommen werden alle Kriegsveteranen und Landwehrmänner des 1. und 2. Aufgebots. Bei Abfassung der Statuten hat man sich im Allgemeinen größtentheils nach den Feststellungen des Breslauer Landwehrvereins gerichtet. Den Vorstand bilden: ein Präsident und dessen Stellvertreter, ein Cassirer und zwei Secretaire und deren Stellvertreter.

Auch ein demokratischer Frauenverein ist während der letzten Woche bei uns ins Leben getreten. An seiner Spitze steht vorläufig Frau Buchdruckereibesitzer v. Dend. Welche Tendenzen der Verein verfolgen wird, kann, da das Statut noch nicht entworfen ist, gegenwärtig noch nicht abgesehen werden. Wir berichten nächstens weiter darüber.

— [Etwas über Kirchenschulen.] Aus der Kirche gingen die Schulen hervor; die Schule ist die Tochter der Kirche. In wie weit dies bei der eigentlichen Volksschule wahr ist, kann hier nicht erörtert werden. Bekannt ist, daß sich die Geistlichkeit aller Confessionen überall einen Einfluß bewahrt hat, oder denselben vom Staate eingeräumt erhalten hat, daß man beinahe behaupten möchte, unsere Volksschulen seien eigentlich Kirchenschulen gewesen; factisch lagen alle Principienfragen in den Händen der Geistlichkeit. Seitdem der Druck, den die Lehrer empfanden, die Uebelstände, die sie entdeckten, offen und freimüthig besprochen worden, ist die Geistlichkeit als die Trägerin der christlichen Liebe und Milde in arge Widersprüche gekommen. Aus diesen soll zu retten, sagen Einige: die Geistlichen haben die Schule beauftragt (und gebrüht?) nicht als Geistliche, sondern als Staatsbeamtete. Dadurch aber liefern sie sich den Emancipationsfeinden in die Hände, die da rufen: Seht da, die Schule ist ja eigentlich emancipirt, da sie von Staatsbeamteten beauftragt wird! Bestimmt der Staat heut dazu einen andern Stand, so wird Niemandem ein Recht entzogen, sondern nur eine bisherige Obsession aufgehoben. Und warum nahm der Staat die Geistlichen? Ein ehemaliger Seminar-Director sagte zu den jungen Theologen, weil sie die billigen wären. — Das Billigkeitsprincip herrschte beinahe im preußischen Volksschulwesen ganz vorzüglich. Nichts durfte viel kosten. Dann mußte aber der Staat, der sich einen christlichen nannte, auch die Träger des Christenthums zu Schulrevisoren wählen: consequent wäre es dann aber auch gewesen, Heerwesen, Rechtspflege, Arzneikunde &c. kurz Alles unter Obhut jener zu stellen, damit er ganz christlich bleibe. Vielleicht wäre der so christianisirte Staat nicht so unchristlich geworden, wie er sich zeigte in seiner Politik, Diplomatie, Polizei &c. Der christliche Staat hat aufgehört, der Volksstaat auf humanen Grundlagen soll erblühen auf seinen Trümmern. Wir sind der Meinung, daß der reine Humanismus weiter nichts als das Christenthum in seiner Reinheit ist, daß dieses durch seine Verbreitung über die Welt die wahre Humanität erzeugt hat durch Sprengung der Stabentetten, durch Kultur, Gerechtigkeit und Veredlung der Menschen. Alles das konnte kein Heidenthum erzielen, und hat das Christenthum es nicht da und überall erzeugt, so ist das nur ein Beweis, daß man sich viel zu oft mit der Schale desselben begnügt, statt den Kern — wahre Gottes- und Nächstenliebe — zu suchen. Die Dogmen trennten die Menschen, statt sie im Sinne des Meisters zu einen, sie säeten hier und da Haß und Zwietracht mit dem blutigen Gefolge, statt des Sifters erstes Gebot: »Liebet euch, wie ich euch geliebt habe, zur Erfüllung zu bringen. Der Keim zu dieser Trennung wurde schon in die zarten Kinderherzen gelegt, denn der erste Religionsunterricht aller Confessionen war dogmatisch, kein Wunder wenn er so üppig wuchs in dem frischen Boden. Trotz dem, daß, wie die Erfahrung

lehrt, der Augenschein beweist, so wenig Blut auf der Erde ist, behaupten doch noch Viele: Man muß vorzüglich gute Christen erziehen (damit meint jede Partei solche in ihrem Sinne) dann hat man gute Menschen, gute Staatsbürger erzogen: und streben, Schulen zu gründen, die ganz von den Trägern des Christenthums, den Geistlichen abhängen. Wenn bei dem bisherigen so großen Einflusse der Geistlichkeit keine besseren Früchte erwachsen sind, so zweifeln wir, daß andere erwachsen werden, wenn dem Lehrer noch weniger Betheiligung, noch weniger freie Regung gestattet wird. Wir entscheiden uns daher unumwunden für die Schule als National-Anstalt, lassen der Geistlichkeit ihr Theil, den confessionellen Religionsunterricht u. s. w. und stellen die Schule unter Obhut durchgebildeter praktischer Lehrer in Gemeinschaft mit den Abgeordneten des Volkes. Jeder Unparteiische muß das mit uns thun, wenn es auch nur den Versuch gälte, etwas Besseres als das bisherige zu erzielen.

Es könnte selbst in Zweifel gezogen werden, ob die Kirchenschule es im Stande sein wird, das religiöse Ziel ganz zu erreichen, und zwar ebenfalls auf Grund der Erfahrung. Aber auch auf Autoritäten aus dem geistlichen Stande selbst beruht dieser Zweifel. Aus dem vielen Material wählen wir die Bekenntnisse eines Mannes, der, wir müssen gestehen, das Recht hat, in Schul-sachen ein Wort mitzureden.

Der Schulrath Barthel schildert in seiner Selbstbiographie in der Gallerie beachtenswerther Pädagogen u. seinen Bildungsgang. Er besuchte das Matthias-Gymnasium zu Breslau, das damals sieben Jesuiten und zwei weltliche Lehrer zählte, also specifisch kirchlich war, und fand doch so wenig Christlichkeit in Unterricht und Methode dieser gerühmtesten geistlichen Pädagogen.

Wir lassen am besten den Verfasser selbst reden, er sagt: S. 91. »Von einer Beleuchtung des Alters durch die Sonne des Christenthums, von einer Vergleichen der heidnischen mit der christlichen Zeit, von einer Hervorhebung der Vorzüge der letzteren war nicht im Entferntesten die Rede.«

»Wie unser Nachdenken, unser Erfindungsgeist, unser Combinationsvermögen entwickelt seien, darnach zu forschen. Bei dem Examinator nicht ein.«

»Um Geschichte sah es nicht ganz übel aus, daß aber auf ihre Aneignung bei der Besetzung in eine höhere Klasse nicht viel ankomme, das hatten wir bald erschnoben; Interesse für die Sache war von den Lehrern aber auch nicht weiter geweckt worden, und so thaten wir denn in diesen Zweigen so wenig als möglich.«

»Der Religionsunterricht wurde streng didactisch nach geschriebenen Heften eitheilt, von einer gemüthlichen Anregung, von Erweckung einer gewissen Begeisterung für die erhabenen Lehren, für die große Thatsache des Christenthums und der Kirche, von einem erbauenden Elemente in den Lehrstunden keine Spur.«

»Daß zur Erläuterung der Religionsfäze viel beigelegt worden wäre, dessen kann ich mich durchaus nicht entsinnen. In der Tertia wurde das Ende der beiden sehr knapp zugemessenen Religionsstunden noch zur Mittheilung einer Anstands- oder Höflichkeitstheorie benützt.«

S. 92. »Die Disciplin war, das unanständige Schimpfen einzelner Lehrer abgerechnet, im Ganzen mild &c.«

Giebt auch das Buch noch über so Manches Aufschluß, so wollen wir es doch hier nicht weiter benutzen. Es ist ausreichend. Jeder Unbefangene wird einsehen müssen, daß dem gerühmten Jesuitenschulwesen kein härterer Schlag, (auch nicht vom wüthendsten Jesuitenfeind) beigebracht werden konnte, als durch diese einfache Darlegung eines Mannes, der, wir wiederholen es, etwas vom Schulwesen versteht, der vielfach gestrebt, auch in den katholischen Religionsunterricht mehr Methode zu bringen, als leider darin herrschte. Doch vergeblich.

Schließt man nun, daß so fest gegliederte Corporationen, mit so bestimmt ausgeprägten Grundfäzen und Regeln, wie die in Rede stehende, sich nicht ändern (sint, ut sunt, aut non sint) so ist für die Aneignung ein rechter Unterricht, eine rechte Erziehung nicht zu hoffen; sind sie, wie das Buch lehrt, für Gelehrtenschulen nicht geeignet, so läßt sich für Volksschulen gar kein Nutzen absehen. Sind die berühmtesten Pädagogen der Kirche aber nicht fähig, so sind es die andern noch weniger, ob sie Schulbrüder oder anders heißen. Evangelischer Seite dürften sie wohl gar nicht erst aufkommen.

Die Kirchenschulen sind gerichtet durch die erste Autorität in dieser Angelegenheit.

Insertate.

Die für das kommende Winter-Semester bei hiesiger Universität bestimmten Vorlesungen beginnen mit dem 16ten October. Von diesem Tage an bis zum 23. October incl. finden die Immatrikulationen statt. Diejenigen nun, welche immatriculirt zu werden wünschen, haben sich in dieser Zeit, und zwar innerhalb zweier Tage nach ihrer Ankunft auf dem Universitäts-Secretariate zu melden. Nach Ablauf der achtzähligen Frist werden nur solche Meldungen noch berücksichtigt, deren Verzögerung durch Nachweisung unvermeidlicher Hinderungsgründe entschuldigt wird. Zur Immatrikulation ist nothwendig!

a) für einen Studirenden, der das akademische Studium erst beginnt:

das Schulprüfungszeugniß,

b) für einen Studirenden, der bereits eine andere Universität besucht hat,

ein vollständiges Abgangszeugniß von derselben und das Schulprüfungszeugniß,

c) wenn er seine akademischen Studien einige Zeit unterbrochen hat,

ein Zeugniß über seine Führung von der Obrigkeit desjenigen Orts, an welchem er sich während dieser Zeit aufgehalten hat.

d) für jeden Studirenden, der noch unter väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt steht, eine obrigkeitlich beglaubigte väterliche oder vormundschaftliche Zustimmung die hiesige Universität besuchen zu dürfen.

Der Mangel eines der vorerwähnten Zeugnisse würde mindestens die vorläufige Verschiebung der Immatrikulation zur Folge haben.

Es sind mir diejenigen Uebersichten und Entwürfe zu- gekommen, welche von der zur Entwerfung eines neuen Bergwerks-Gesetzes in Berlin niedergesetzten Commission bearbeitet worden, und gleichzeitig bin ich von mehreren Bergwerksbesitzern aufgefordert, sämmtlichen Gewerke Ober-schlesiens zu einer Versammlung einzuladen, um denselben

die Gesetz-Entwürfe zc. vorzulegen und ihre Bemerkungen entgegen zu nehmen, die dann der gedachten Commission, welche am 14. d. M. ihre regelmäßigen Sitzungen beginnen wird, zur Berücksichtigung empfohlen werden sollen.

Auf mehrseitigen Wunsch werden daher die resp. Herren Gewerken, resp. deren Herren Bevollmächtigten, zu einer Versammlung auf den 15. d. M., Vormittags 10 Uhr, in dem Gasthofs zu Königshütte ergebenst eingeladen.

Tarnowitz, den 9. October 1848.

Krausa, Bürgermeister.

Die deutsche Reichs-Polizei-Einheit ist eine Wahrheit geworden. Ueberall, wo der Volkswille mit dem Regierungswillen in Zwiespalt geräth, sind Reichs-Executionstruppen zur Hand, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Aber sollen denn nur die kleinen Staaten alle Vortheile deutscher Polizei-Einheit genießen und nicht auch die großen, wie z. B. das unglückliche Oesterreich, wo, wie wohlbekannt, die Beamten häufig Bedrohungen, selbst Mißhandlungen sich ausgesetzt sehen, wenn sie pflichtgemäß vorgegangen sind (Minister Latour ist sogar gehängt worden) und daß die gewöhnlichen Kräfte oft nicht ausreichen, der eingerissenen Jüggelloßigkeit zu steuern. Mein, hier ist es Pflicht, einzuschreiten und das Oesterreich und Preußen darüber her sind — das Herzogthum Sigmaringen durch Balonette zu beruhigen, so erforderte es wohl die „Gegenseitigkeit“, daß die Sigmaringensche Heergewalt gen Wien ausbräche. Wir empfehlen diese Gelegenheit der liebenden Sorge der deutschen Central-Mutter.

Ein „guter“ Bürger.

Offener Brief

an Schlesiens brave Landleute als Beantwortung des offenen Briefes des Grafen Reichenbach an seine Wähler.

Motto: Hütet euch vor den falschen Propheten, in Schafkleidern werden sie zu Euch kommen, und innerlich ist ihr Herz voll Lug und Trug.

Ich fange meinen Brief an Euch Ihr braven Landleute damit an, daß ich Euch zunächst einige Fragen stelle. — Ist es wohl möglich, daß eine Familie glücklich leben kann, wenn der Hausherr, das Haupt der Familie, nichts darin zu sagen hat, und ihm weder Kinder noch Knechte gehorchen? Können Ihr Euch ein Dorf denken, und daß es hier ordentlich zugeht würde, ohne Scholzen und Gerichte, ohne alle und jede Obrigkeit? Ist Euch eine Stadt bekannt ohne Bürgermeister und Magistrat? Ihr werdet mir alle diese Fragen gewiß mit Nein! beantworten, und werdet es ganz natürlich finden, daß der Hausherr, der Scholze, der Bürgermeister befehlen und strafen, um die Ordnung aufrecht erhalten zu können, die Kinder, die Knechte, die Dorf- und Stadtbewohner aber folgen und gehorchen müssen, so weit dies recht und billig ist. Was schützt uns nun, daß der Vater, der Scholze, der Bürgermeister ihre ihnen von Gott und Obrigkeit gegebene Gewalt nicht mißbrauchen? Das sind die Gesetze, worin bestimmt ist, welche Rechte ihnen zustehen, und welche Rechte diejenigen haben, die befehlen, und diejenigen, die gehorchen. — Wie es nun keine Familie, kein Dorf, keine Stadt geben kann ohne ein Oberhaupt, eben so kann es auch kein Land ohne ein solches geben, und dieses Haupt ist der König. — Einen König haben wir nun schon immer gehabt, und seine Macht war unumschränkt, er war Herr über Leben und Tod, über Eigenthum und Vermögen, er hatte Niemanden Rechenschaft über seine Handlungen zu geben als Gott.

Ein König ist aber auch nur ein Mensch, und jeder Mensch kann fehlen, und so ist es auch hier gut, wenn ein Gesetz da ist, welches bestimmt, wie weit die Rechte des Königs, und wie weit die seines Volkes gehen, und welches er, so gut wie sein Volk beschwören, und beachten muß.

Ein solches Gesetz zu geben hatte nun schon der verstorbene König seinen Preußen versprochen. Es blieb aber beim guten Willen, denn wer giebt wohl gern einen Theil seiner Macht freiwillig aus den Händen, und das Volk wartete ruhig, denn Preußens Könige waren stets gerecht, und haben ihre Gewalt selten oder nie gemißbraucht.

Der Wunsch nach einem Gesetz wurde aber immer lauter und lauter und im März. d. J. hat sich denn unser jetziger König entschlossen, daß ein solches Gesetz, welches zwischen ihm und seinem Volke sei, gegeben werde. — Der König konnte nur ein solches Gesetz selbst erlassen, aber er that mehr, er sagte zu seinem Volke, schickt mir Männer aus allen Provinzen, die wissen, was dem Volke Noth thut, die den Verstand haben, ein solches Gesetz zu entwerfen, mit denen zusammen will ich die neue Verfassung beraten und ausarbeiten, und da diesem Gesetze dann jeder gehorchen muß, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, so soll jeder das Recht haben, seine Stimme bei der Wahl dieser Deputirten abzugeben, er sei Herr oder Knecht, reich oder arm. Wenn nun das Volk klug und verständig gewesen wäre, hätte es nur Leute wählen müssen, die den König und das Volk lieben und dabei solche, die geschult und gelehrt sind, die den Verstand haben, um solch ein schweres Gesetz zu machen, die nicht allein unsere Verhältnisse kennen, sondern auch solche anderer Staaten. — Waren lauter solche Leute nach Berlin gegangen, so wäre dies gewiß für Alle ein großes Glück gewesen, das Gesetz wäre längst beendet, wieder wäre Ruhe und Frieden im Lande und wir ständen nicht am Abgrunde des Verderbens wie es jetzt der Fall ist.

Wer ist nun daran Schuld, daß die Wahlen nicht so ausgefallen sind? Wer trägt die Schuld daß das Getreide

nicht gilt? kein Geld im Lande ist? Handel und Wandel stinkt? Mord, Brand, Diebstahl immermehr überhand nehmen? Daran ist eine Anzahl von Leuten schuld, die sich die Freunde des Volkes nennen, aber seine ärgsten Feinde sind, die den König hassen, weil sie selbst regieren wollen, die, nachdem sie ihr Vermögen verloren haben, gern auf Kosten anderer leben, und wieder reich werden möchten. Hätten sie nun im März, Ihr armen irgeleiteten Landleute! zu Euch gesagt, wir wollen den König vom Throne stoßen, weil wir ihn hassen und selbst herrschen wollen, wir wollen den Adel abschaffen, damit der Adel mit seinem Vermögen in das Ausland geht, und die Brotlosigkeit immermehr überhandnimmt, wir wollen die Hausfuchung, alle Strafen, selbst die Todesstrafe abschaffen, damit sich weder Diebe noch Mörder fürchten, wir wollen die Soldaten aufheben, daß sie ihren Offizieren nicht mehr gehorchen, wir wollen die Tageiebe in Berlin mit 15 Silbergroschen täglich ernähren, damit sie Unfug machen und selbst das Zeughaus plündern und die von Euch mit eurem Blute eroberten französischen Fahnen, Adler und Kriegstrophäen stehlen und vernichten lassen; Ihr hättet sie wahrlich nicht gewählt. So aber haben sie nicht gesprochen, sondern sie gingen in die Städte zu den Gessellen und sagten „Ihr werdet von den Meistern schlecht behandelt, ihr müßt zu viel arbeiten und bekommt zu wenig Lohn, wählet uns und wir werden euch helfen.“ Gleiches sprachen sie zu den Arbeitern, und zu Euch Ihr armen irgeleiteten betrogenen Landleute sagte Graf Reichenbach: „kommt zu mir die Ihr durch Laudemien, Zinsen und Abgaben belastet seid, die ihr von Euren Herrschaften gedrückt und belästigt werdet, die ihr von der Generalcommission zu leiden habt, höret auf meinen Rath, wählet Landleute, und da es in Berlin auch gar kluge und pfiffige Leute giebt, so wählet solche, die ich Euch nennen werde.“ So sprach Graf Reichenbach. Daß es sich nicht um Zinsen, Laudemien, Marktgroschen, Zählgelder zc., sondern um ein schwieriges Staatsgesetz handelt, davon hat er Euch nichts gesagt, und Ihr armen, irgeleiteten, betrogenen Landleute glaubtet diesem falschen Manne, und Ihr wählet Bauern, die von einem solchen Gesetze nichts verstehen und daher auch nicht mitsprechen können, ihre drei Thaler täglich umsonst verzehren, mit dem Gesetze aber, welches über das zukünftige Glück des Königs und des Staates entscheidet, nicht fertig werden.

Die armen Landleute, die mitunter weder lesen noch schreiben, ja von denen Einige selbst nicht einmal deutsch verstehen, müssen sich nun vom Grafen Reichenbach und seinen Helfershelfern leiten und leiten lassen, Ja! sagen, wenn er Ja! sagt, und eben so Nein! sagen, wie er es haben will.

Ich frage Euch, was haben unsere Deputirten für ihr Vieles, schweres Geld bis jetzt gethan? Sich selbst haben sie für unüberleglich erklärt, selbst wegen Schulden dürfen sie nicht verhaftet werden, das Gesetz aber, welches die Minister entworfen haben, haben sie verworfen; der König machte einen Kaufmann zum Premier-Minister, sie haben ihn gestürzt, einen Beamten, er mußte fallen, jetzt einen Militair, und sie möchten ihn wieder absetzen.

Wenn ein Gutbesitzer alle Augenblicke seinen Amtmann und Schaffer wechseln muß, kann dabel wohl ein Gut gedeihen und die Wirthschaft vorwärts kommen? Eben so ist es im Staate dasselbe, kein Staat kann bestehen, wenn alle Monate neue Minister ernannt werden müssen, und kann kein Gesetz zur Geltung kommen.

Schon im Mai legten die Minister der Nationalversammlung ein Gesetz zur Begutachtung und Feststellung vor, um die bauerlichen Verhältnisse zu reguliren (der von Patowsky Entwurf) Graf Reichenbach nennt das ein geringes Zugeständniß für die Noth der armen Landleute, obgleich, wenn es zur Ausführung kommt, die Gutbesitzer fast die Hälfte ihrer Zinsen verlieren und viele dadurch zu Grunde gehen müssen.

Freiwillig erbieten sich die Gutbesitzer zu allen nur möglichen Opfern, und wollen nur, daß dadurch den armen Musikalen mehr geholfen werde, als den reichern, dringend wünschen sie, daß der durch Graf Reichenbach und Consorten aus eigennütigen, schändlichen Zwecken herbeigeführte, unselige, unnatürliche Streit zwischen Gutbesitzern und Musikalen beseitigt werde. Wer ist nun daran schuld, daß das Gesetz nicht zur Gültigkeit kommt? Wer anders als wie der Graf Reichenbach und seine Helfershelfer.

Muß nicht jedes Ministerium immer wieder von Neuem anfangen? — Das jetzige hat den redlichsten Willen, Tag und Nacht wird daran gearbeitet, ein solches Gesetz zu geben, daß den Landleuten dadurch geholfen werde, sagt er davon auch nur ein Wort in dem offenen Briefe an seine Wähler?

Abermals bemüht er sich, auch das jetzige Ministerium zu verdächtigen und zu stürzen. Es würde ja sonst Ruhe und Friede werden, es könnte ja dann ein vernünftiges Staatsgesetz zu Stande kommen, die Bauerdeputirten in Berlin würden einsehen, daß er sie am Marrenseile leitet und von ihm abfallen, daran ist ihm aber nichts gelegen, und während er daran Schuld ist, daß Nichts für die Landleute geschieht, entblödet er sich nicht, Euch abermals betrügen zu wollen, und befecht mit seinem schmutzigen Geifer den König, die von Euch gewählte Nationalversammlung, und die neuen auf Euer Wohl ernstlich bedachten Minister. Wer hat den Dienstzwang, die Unterthänigkeit aufgehoben, während Oesterreich bis zur neuesten Zeit darunter geschmachtet hat? Preußens Könige, wer hat alle drückender Vorrechte des Adels gebrochen, wer hat es gemacht, daß auch Bauern,

wenn sie dazu das Vermögen haben, Rittergüter kaufen können? daß auch Bauern, wenn sie genug dazu gelernt haben, Minister und Generale werden können? Preußens Könige. Ich vermag mehr als einen Minister und General zu nennen, der aus dem ehrenwerthen Bauerstande hervorgegangen ist. Ohne Unterschied haben die Könige Jedem Gerechtigkeit angedeihen lassen. Obgleich sie unumschränkte Monarchen waren, konnte doch jeder selbst den König verklagen. Jetzt sollen die Vertreter des Volkes, Männer aus allen Ständen, mit dem Könige ein Gesetz entwerfen, welches ihn eines großen Theils seiner Macht berauben soll, und Graf Reichenbach scheut sich nicht zu sagen, der König sei nach wie vor von großen Hansen umlagert und höre nicht auf die Stimme seines Volkes?

Die Nationalversammlung, die durch sein und seiner Genossen ewiges Einmischen in Regierungsangelegenheiten, die sie nichts angehen (Interpellationen) keinen Schritt weiter kommt, auch die sucht er zu verdächtigen. Er wirft Euch vor, Ihr armen irgeleiteten, betrogenen Landleute, schlecht gewählt zu haben, und darin hat er Recht, aber wer trägt die Schuld, wessen Lügen und Vorspiegelungen haben Euch irre geführt?

Offen predigt er und seine Genossen den Aufbruch gegen den König. Im Süden Deutschlands sind mit Euzen und Bremen, Mord und Todtschlag seiner ehemaligen letzten Freunde schon einige Mal von Frankreich und der Schweiz aus eingebrochen, und ging es nach ihm, verheerte ein furchtbarer Krieg mit Rußland schon längst das Land. — Graf Reichenbach scheut kein Mittel, ihn herbeizuführen, und wenn Ihr ihm folgt und auf seine falschen Worte hört, wird er sicherlich seiner verderblichen Zweck erreichen. Selb Ihr etwa so thöricht zu glauben, der Kaiser von Rußland werde dies ruhig mit anschauen, werde zugeben, daß man dem König alles Aushn, oder gar die Krone raube, daß Preußen oder Schlesiens eine Republik werde? Dies kann er schon des bösen Beispiels wegen, das dies namentlich auf seine polnischen Unterthanen ausüben würde, niemals thun. Höret! ich beschwöre Euch, auf die Stimme des Warners, auf die mahnenden Worte des mit dem Wohle Schlesiens vom Könige betrauten Oberpräsidenten, Ihr armen, irgeleiteten, verführten Landleute, ehe es zu spät ist. Höret darauf, ehe Handel und Wandel ganz zu Grunde gegangen sind, ehe der Bruderkrieg das Land verwüstet, ehe der Russe Eure Häuser niederbrannt und Eure, reiche Ernte versprechenden Saatsfelder, vernichtet. — Noch ist es Zeit, kehrt um und folget meinen Worten. Höret nicht auf die falschen Propheten, die Euch mit Lügen füttern und Euren Lebensschancen Vorschub leisten, die Euch durch Eigennuß gewinnen wollen, um selbst durch Euch zur Herrschaft und zum Reichthum zu gelangen, sie sind es recht eigentlich, und nicht die wohlmeinenden Minister, die für Euch süße Worte und für sich das Fett haben wollen. — Sind es nicht dieselben, die Eure heilige Religion antasten und Euch selbst das Himmelreich zu rauben beabsichtigen? Wer war der Freund, der Helfer und Rathgeber des falschen Propheten Könige?

Wie der Versucher führt er Euch auf die Berge und verspricht Euch die Glückseligkeit des Böhmerlandes, wenn Ihr ihm folgen und anhängen wollt.

Er verspricht Euch Brot und wird Euch einen Stein geben, der an Euren Hals hangen wird, daß Ihr darüber zu Grunde gehen müßt.

Was ist die Herrlichkeit Böhmens? Der Czeche und der Deutsche stehen sich dort feindlich, Kampf gerüstet, gegenüber, der Eine lechzt nach dem Blute des Andern, und jeder Augenblick kann, wie in Posen, einen furchtbaren Streit herbeiführen, wo diejenigen, die bis jetzt friedlich wie Brüder neben einander lebten, sich gegenseitig morden und umbringen. Wo kann dabei Kunst und Kultur aufblühen. Der Staat will dort die Gutbesitzer entschädigen, wer ist aber der Staat? Die Einwohner desselben, also auch die Landleute.

Wenn nun aber der Staat kein Geld hat, wie dies in Oesterreich der Fall ist, wer muß es dann schaffen? nun! seine Bewohner, und die größte Zahl derselben sind Landleute. Willleicht werden sie also einen Theil ihrer Zinsen los, aber die Abgaben werden verdoppelt werden. Heißt das nicht, mit der einen Hand geben, mit der andern nehmen? Wenn nun aber die Gutbesitzer verarmen, wer wird darunter am meisten leiden? Diejenigen, die von dem Herrn genährt und gekleidet, unterstützt und beschäftigt werden. Die Zahl der Häuser und Anlieger ist nicht gering. Glaubt Ihr, diese Leute werden nicht zu Verstande kommen, diese werden nicht einsehen, wer das Elend über sie gebracht hat und sich dann nicht rächen?

Zu Freunde, schaut in das Böhmerland, und wenn Ihr achtsam herunterblickt, werdet Ihr zufrieden sein, daß Eure Deputirten in Berlin und nicht in Wien sitzen. Denn kein Regenthaus ist und war so stets der Bauern und der Armen Freund und liebt so die Gerechtigkeit als das Haus der Hohenzollern, dessen schöner Wahlpruch sum cuique, einem Jeden das Seine, ist.

Ein wahrer Freund des Volkes.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 24. bis 30. Septbr. 10.979 Personen und 28.300 Mthr. 7 Egr. 5 Pf. Gesamt-Einnahme für Personen-, Güter- und Viehtransport zc. verhältnißmäßig späterer Feststellung durch die Controlle.

Hierdurch zeige ich ergebenst an, daß ich am heutigen Tage meine

Spezerei-Waaren-, Tabak-, Cigarren und Wein-Handlung

verbunden mit

Commissions- und Expeditions-Geschäft

Oblauer-Strasse Nr. 38, zu den 3 Kränzen genannt, eröffnet habe, und werde es mir zur strengsten Pflicht machen, das mir zu schenkende Vertrauen durch prompte und reelle Bedienung stets zu rechtfertigen.

Breslau, den 9. October 1848.

Erster Bericht.

Mittwoch, den 11. October. Zum ersten Male: „Das Pasquill.“ Schauspiel in 4 Akten von Aug. Frhrn. v. Maltitz. Personen: Ludwig, deutscher Fürst, Herr Henning, von Flegenstein, fürstlicher Geheimrath, Hr. Alburg, Advokat Herrmann, Hr. Menck, Baron Thimotheus von Gutten, Hr. v. Dthe-graben, Titularrath Spüring, Hr. Stob, Jacob, Oberkellner, Hr. Podesta, Maria, dessen Tochter, Fräulein Debrient. Ein alter Invalide, Hr. Clausius, Schreiber bei Titularrath Spüring, Hr. Schödel, Schreiber bei Advokat Herrmann, Hr. Kalinke, zweiter Schreiber bei Advokat Herrmann, Hr. Julius, ein Polizeibeamter, Hr. Mehr, erster Kammerdiener des Fürsten, Hr. Simon, erster Kammerdiener des Ministers, Hr. Hofrichter, zweiter Kammerdiener des Ministers, Hr. Götter.

Albert Salice,

Sophie Salice,

geb. Schallowetz,

ehelich verbunden.

Breslau, den 7. October 1848.

Todes-Anzeige.

(Verspätet.)

Gestern starb unser Vater und Oheim, der Kaufmann Herr Julius Löwy, 40 Jahre alt, an nervös-gastrischem Fieber. Tief betrübt zeigen wir diesen herben Verlust Verwandten und Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme hierdurch ergebenst an.

Sarne, den 3. October 1848.

Die Hinterbliebenen.

Dem am 2. d. M. in Sarne verstorbenen

Herrn Julius Löwy.

Schlumm're sanft, du edler Wiedemann! Ach zu schnell lies ab den lieben Deinen Deine Lebensuhr; zu schnell kam an In den Ruheport Dein Kiel. Sie weinen Bitterlich, die Dich so heiss geliebt, Söhne, Töchter, Gattin, tief betrübt.

Und mit ihnen weinen tief betrübt Alle, die Dich kannten, von Dir hörten. Wer, wie Du, die Tugend treu geübt, Stirbt der Welt, stirbt allen Ehrenwerthen. Drum auch Niemand Dein vergessen kann, Schlumm're sanft, Du edler Wiedemann!

M.

Pädagogische Section.

Freitag, den 13. October, Abends 7 Uhr, Seminar-Oberlehrer Scholz: Diesterwegs und Anderer Urtheil über den konfessionellen Religions-Unterricht.

Der neue Elementar-Gesangs-Cursus wird Montag, den 16. October, eröffnet. Die bereits Angemeldeten ersuche ich, sich an benanntem Tage um 4 Uhr bei mir (Altbißerstrasse 10) einzufinden zu wollen. Behufs neuer Anmeldungen bin ich täglich von 2 bis 4 Uhr zu sprechen.

Mosewius.

Concert-Anzeige.

Einem hochzuverehrenden Publikum gelte hiermit ergebenst an, daß unsere Concerte von jetzt ab Sonntag Nachmittags im Lieblich-schen Saale und Donnerstags Abends im Café restaurant stattfinden. Das Nähere werden die jedesmaligen Annoncen besagen.

Das erste Concert im Café restaurant findet Donnerstag, den 12. October, statt, wobei unter Anderem die C-moll-Symphonie von Beethoven zur Aufführung kommt.

Die Breslauer Theater-Kapelle.

Stadtverordneten-Versammlung am 12. October c.

Verzeichniß der wichtigsten Gegenstände der Beratung.

1. Verpachtung der Communal-Bäckerei.
2. Bedingungen zur Verpachtung der Ueber-fahrt aus dem Bürgerwerber nach dem Stadtkrug Elbing.
3. Wahl zweier unbeförderter Stadträthe.
4. Mittheilung des Herrn Ober-Präsidenten, daß das königliche Ministerium auf die beantragte Abänderung der Directions-Linie für die Chaussee nach Schwoitz nicht eingegangen ist.
5. Vorschlag der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur, ihr die Verwaltung der städtischen Promenaden auf zehn Jahre zu übertragen.
6. Commissions-Entscheidungen über die von dem Vorsteher-Amt des Kinder-Hospitals zum heiligen Grabe abgegebene Erklärung bezüglich der Unterbringung der Hospitalkinder in Familien.
7. Commissions-Entscheidungen zu dem Bericht über den Finanzzustand der Kammer.

Der Vorsteher:

Dr. Regensbrecht.

Mein Cabinet zum Damen-Frisiren befindet sich jetzt Schweidnitzer-Str. Nr. 30, im 1. Stock.

Wwe. Scholz.

So eben hat die Presse verlassen und ist erschienen:

Der Clairvoyant.

Geschichte eines prophetischen somnambulen Knaben in Delfe bei Striegau (Provinz Schlesien in Preußen). Ein Beitrag zur Geschichte des psychischen (geistigen) Magnetismus.

Herausgegeben von

3 Wiedel.

Schweidnitz, im Selbstverlage des Herausgebers (Ring Nr. 209).

Das genannte höchst interessante Werk, welches die wichtigsten Aufschlüsse über das Jenseits, über die geistige und irdische Zukunft des Menschen giebt, enthält in kostbarer äußerer Ausstattung und gediegenem Inhalt in gr. 8. die Stärke von 26 Druckbogen, zu dem Preise von 1 Rthlr. 9 Sgr. (a Bogen 1 1/2 Sgr.), und wir können nicht umhin, die seltene Erscheinung desselben jedem Kenner und Freunde der Literatur anzuempfehlen.

Auction. Am 12. d. Mts., Nachm. 3 Uhr, sollen in Nr. 2, Reuschestraße (goldenes Schwert),

33 Ballen böhmischer Hopfen

versteigert werden.

Mannig, Auct.-Kommiff.

Auction. Am 13. d. M., Mittags 12 Uhr soll Ohlauerstraße vor dem Gasthofe zum blauen Hirsch eine neue, dauerhaft gearbeitete, der Darlehns-Kasse verpfändete Fenster-Einlage versteigert werden.

Mannig, Auct.-Kommiff.

Auction. Am 12. d. Mts., Vorm. 9 Uhr, sollen in Nr. 42, Breitestraße, zuerst 1 Fagel von Kirschbaum, dann Leinwand, Betten, Kleidungsstücke, Möbel und Hausgeräthe versteigert werden.

Mannig, Auct.-Kommiff.

Fürstens Garten.

Heute Mittwoch: großes Militair-Horn-Concert. Anfang 2 1/2 Uhr. Entree a Person 1 Sgr.

W. Ziegler.

Zur Einweihung meines neu decorirten Saales auf heute, den 11. d. Mts., werde ich ein großes Militair-Horn-Concert nebst Abendbrot und Tanzvergnügen veranstalten, wozu ergebenst einladet:

W. Wernig.

Vorwerkstraße Nr. 2.

Tanzunterrichts-Anzeige.

Im Laufe dieses Monats beginnen bei mir wieder die Tanzstunden. Diejenigen, welche noch daran Theil nehmen wollen, erfahren das Nähere Ohlauerstraße Nr. 4, im dritten Stock.

Jeanette Kobler,

Tanzlehrerin.

Bitte.

Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr bin ich mit einem weißen Hund, welcher mehreren Damen folgte, in der Nähe des Graf Hentzel'schen Palais auf der Promenade, ein Kind in die Lippe. Der Eigentümer des Hundes wird zur Beruhigung bestimmter Eltern hiermit recht dringend gebeten, seine Adresse Lauenzienstraße 68, drei Treppen hoch, bei Weher scheinlichst abgeben zu lassen, damit von dem Gesundheitszustande des Kindes die nöthige Kenntniß genommen werden könne.

Breslau, den 10. October 1848.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Ein starkes dopp. Gewehr mit damast. Läusen, so wie einige Gebett schöner reiner Betten, welche sich für eine Ausstattung eignen, sind preiswähig zu verkaufen; wo? ist zu erfragen im Gewölbe bei Herrn S. Wurm, Schloßplatz und Carlstraße- Ecke Nr. 12.

Oberschlesische Eisenbahn.

Nachdem die im Laufe des Jahres 1847 und bis zum 1. April d. J. auf der Oberschlesischen Eisenbahn aufgefundenen und nicht reclamirten Sachen ungeachtet der durch die Zeitungen erlassenen Aufforderungen von den Eigenthümern nicht zurückgefordert worden sind, so werden dieselben Montag, den 16. October, Vormittags 9 Uhr, auf diesem Bahnhofe im Bureau unseres Ober-Inspektors gegen sofortige baare Zahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Breslau, den 4. October 1848.

Das Directorium.

Bei Friedrich Schlich in Prag und in allen Buchhandlungen Deutschlands, so wie durch die Postämter ist zu bekommen:

Deutsche Zeitung aus Böhmen.

Herausgegeben vom

constitutionellen Vereine in Prag.

In gr. 4to. Preis ganzjährig 12 fl. C. M. oder 8 Rthlr., halbjährig 6 fl. C. M. oder 4 Rthlr., vierteljährig 3 fl. C. M. oder 2 Rthlr.

Diese Zeitung, welche das einzige politische Organ für Wahrung deutscher Interessen in Böhmen ist, erscheint vom 1. October l. J. an täglich. Auch sind Probenummern sammt Programm davon durch alle Buchhandlungen gratis zu beziehen.

Beachtenswerth!

Ein auswärtiges Geschäftshaus wünscht zur Beförderung seiner Geschäfte Agenten zu engagiren, die solide und ausgedehnte Bekanntschaften haben, dagegen auch einen lohnenden Nutzen erhalten würden.

Frankirte schriftliche Anerbietungen wolle man an die Expedition dieser Zeit. gelangen lassen mit der Aufschrift: N. C. zur Weiterbeförderung.

Eine Sendung feiner Mousselin de laine-Roben à 3 und 4 Rthlr., echt französische Cachemir-Roben (reine Wolle) à 8 Rthlr., bunt gestreifte Seiden-Stoffe, das Kleid 7 Rthlr., schwarze Mailänder Glanz-Taffet, Barege, Batist- und Mouffelin-Roben empfing und offerirt zum sofortigen Verkauf.

N. Weisler,

Schweidnitzer- und Junkern-Strassen-Ecke Nr. 50. Gardinen- und Meubles-Stoffe, Cashmir-Tisch-Decken à 4 Rthlr. in sehr großer Auswahl.

Die Berliner Binden-Fabrik,

welche ihr Lager von Ring Nr. 50 nach Schuhbrücke 76, zwischen Kränzelmarkt und Ohlauerstraße verlegt hat, empfiehlt ihr wohlaffortirtes Lager in den neuesten Clobi- wie Militair-Binden, so wie auch alle andern in dieses Fach schlagenden Artikel und bittet um ferneres geneigtes Wohlwollen. — Sie empfiehlt sich auch zugleich den Damen mit einer schönen Auswahl in Handschuhen, Strick- und Nähgarnen und Wollen, Anfaß-Schnur und dergleichen mehr.

G. Lehmann.

Haus- und Geschäfts-Verkauf.

In einer der größten und belebtesten Provinzialstädte Schlesiens ist ein am Markte gelegenes Haus, in welchem seit mindestens 50 Jahren mit bestem Erfolg ein Colonial- und Weingeschäft betrieben worden, ohne Einmischung eines Dritten, zu verkaufen. Die Kauf- und sonstigen Bedingungen sind bei Unterzeichnetem einzusehen, welcher über Alles die genaueste Auskunft ertheilen wird.

Breslau, den 10. October 1848.

G. Laube, vormalig Fr. Puppe,

Ring, Raschmarktseite, Nr. 45, eine Treppe hoch.

Gänzlicher Ausverkauf.

Albrechtsstraße Nr. 57, im ersten Viertel, werden sämtliche Modewaaren für Herren, um damit möglichst schnell zu räumen, zu bedeutend unter den Kostenpreisen verkauft.

Es befinden sich auf Lager: fertige Jacken, Fracks, Westeileider, Westen, Schlafroben (letzte in Seide, Sammet und Wolle), wattirte Schlafroben, Mäntel und fertige Tweens. Ferner: feine Niederländer Luche, Winterrock- und Wein-Fleiderstoffe, Westentoffe (in Sammet, Seide, Cachemir und anderen Wollenstoffen), Herrenshawls und Halstücher, Hosenträger, weiße seidene und bunte Hemden, Taschentücher, Schlipse, Reisetaschen und eine sehr große Auswahl französischer Hüte. Die geehrten Abnehmer dürfte die Ueberzeugung der billigen Preise um so mehr zu beträchtlichem Einkaufe auffordern.

Die Bierbrauerei und Speise-Anstalt

am Neumarkt Nr. 8 (zu den 3 Tauben) ist zu vermieten und zu Ostern zu beziehen. Näheres beim Wirth.

Frische Gänseleber-Pasteten, reich garnirt mit

Perigord-Trüffeln, empfiehlt von jetzt ab:

C. F. Dietrich aus Straßburg,

Schmiedebücke Nr. 2.

Ein im kaufmännischen Geschäft wohl routinirter junger Mann, welcher die besten Zeugnisse seiner Brauchbarkeit aufzuweisen hat, sucht baldigst oder zu Neujahr 1849 eine Stelle als Commis, und bittet derselbe, gefällige Offerten unter der Chiffre H. A. F. poste restante Peterstraße zu senden zu wollen.

Das Freilicht Klein-Gandau sendet täglich gute Milch nach Breslau, und solche in Flaschen auf Verlangen auch in's Haus. Auskunft in der Tabakhandlung Wendt und Gabel, Ohlauer-Str. 12.

Alle Confectionen werden für Wiederverkäufer möglichst billig, das Pf. Bonbons mit 1 Sgr. 3 Pf., in der Conditorei und Bonbonsfabrik Karlsstraße Nr. 2 angefertigt.

Hauck.

Vermietungs-Anzeige.

In Nr. 37, Albrechtsstraße, ist die 1. Etage, wenn es gewünscht wird möblirt, d. h. die 3te Etage, jede bestehend in 6 heizbaren Zimmern, Alkoven, Küche, Keller etc., nebst Stallung und Waschenplatz, d. h. eine kleine Wohnung sofort zu vermieten und zu beziehen. Das Nähere bei Herrn Kaufmann Rohm dafelst.

Ein Knabe, welcher Lust hat, die Malerei zu erlernen, kann sich melden Friedr. Wilh.-Str. 26.

Cours-Bericht.

Breslau, 10. October 1848.

Geld- und Fonds-Cours.

Holl. Rand-Dulaten 96 1/2 Br.
Kaiserliche dito 96 1/2 Br.
Friedrichsd'or 113 1/2 Br.
Louisd'or 112 1/2 Br.
Poln. Courant 94 1/2 Br.
Österreichische Banknoten 94 1/2 Br.
Sachhandl.-Prämien-Scheine —
Staats-Sch.-Sch. per 100 Rthl. 3 1/2 % 73 1/2 Br.
Gr.-Herg. Votener Pfdb. 42 95 1/2 Br.
dito dito neue .. 3 1/2 % 77 1/2 Br.
Schlef. Pfdb. .. à 1000 Rthl. 3 1/2 % 90 1/2 Br.
dito dito Litt. B. à 1000 Rthl. 42 92 1/2 Br.
dito dito .. 3 1/2 % à 1000 Rthl. 81 1/2 Br.
Alle Polnische Pfandbriefe 42 90 1/2 Br.
Neue dito 90 1/2 Br.

Eisenbahn-Kursen.

Breslau-Schweid.-Feld. 42 86 Br.
dito dito Prior. 42 — —
Ober-Schlef. Litt. A. 3 1/2 % p. C. 87 Br.
Ober-Schlef. Litt. B. 34 1/2 p. C. 87 Br.

Außerordentliche Beilage Allgemeinen Oder-Zeitung.

Breslau, Mittwoch, den 11. October 1848.

* Neuestes aus Wien.

Breslau, 10. October, 9½ Uhr. So eben trifft der Abendzug der Oberschlesischen Eisenbahn mit der Wiener Post ein. Es ergibt sich, daß letztere deshalb heute Mittag nicht eingetroffen war, weil der Train auf der Nordbahn, 25 Waggons stark, welche zum großen Theil Flüchtlinge aus Wien fortbrachten, den Anschluß an den durchgehenden Zug veräumt hatte.

Die ankommenden Reisenden waren voll Bestürzung über die Wiener Zustände und versicherten, daß an 2000 Personen die Stadt flüchtigen Fußes verlassen und sich großen Theils nach Prag begeben hätten. — In Krakau, wo nach dem Bekanntwerden der neuesten Wiener Ereignisse die Bevölkerung zum Aufstande sich anschickte, ward dieser durch Sendlinge aus Wien im Keime erstickt. Aus den uns eingehenden Briefen und Zeitungen theilen wir Folgendes mit:

Kf. Wien, 9. Octbr. Auersperg verhält sich ruhig. Heute Vormittag hat ihn der Reichstag wiederholt zur Beilegung der Casernen aufgefordert. Das Volk ist entschlossen, im Falle des Nichtvollzuges noch heute das Belvedere zu stürmen. Die Gesandten und Consuln fremder Mächte haben gegen jede allfällige Beschließung der Stadt Wien Protest eingelegt. — Der Kaiser soll im Kloster Herzogenburg, selbward St. Pölten, weilen. Hornbostl ist gestern Nacht 1 Uhr mit der Adresse des Reichstages dahin abgegangen. Befolgende Proclamation hat der Reichstag erlassen. Der rechte Flügel Jellacic's, unter Commando des General Roth, ist von den Magyaren unter Perczel geschlagen. Roth sammt dem Generalstab und 2000 Croaten gefangen worden. Die Hauptarmee der Magyaren unter Kossuth und Medzaroß ist 70,000 Mann stark in Bieselburg eingekerkert. Jellacic, fort und fort gedrängt, zu feig und zu schwach eine Schlacht zu liefern, zieht sich fort und fort zurück; Preßburg ward am 7ten von den zwei I. P. Bataillons geräumt worden. Jellacic, der vorüberzog, wollte — wie aus dem unteren Reichstagsberichte hervorgeht — den Donauübergang, d. i. die Herstellung der von den Preßburger Bürgern ausgehängten Schiffsbrücke, durch Drohung mit Bombardement erzwingen, aber man lachte ihn aus. In der That hat er nicht einmal Wurfgeschütz bei sich; er mußte daher fortretiren, und soll jetzt in Bruck an der Leitha stehen. Das ungarische Heer folgt ihm auf der Ferse. — Man spricht hier schon von Minister-Combinationen, Borrosch, Löhner werden bezeichnet; ich mag nichts davon mehr mittheilen, da alles bloß Gerücht ist. Bach und Wessenberg sollen mit dem Hofe entflohen sein. — Komisch beinahe ist der Schmerz der reactionären Presse; die Wiener Zeitung versichert in der Abendbeilage vom 7., daß sie stets für Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft habe! Die Presse enthält sich jedes Malloinements; Geißel und Zuspäuer sind seit dem 6. Octbr. nicht wieder erschienen. — Kuranda in der Ostdeutschen Post sagt: »Die Einheit der Armee, das Symbol der Gesamtmonarchie (!) zerfallen! Schwarzer's Berichte strotzen von Lügen; der Herr Redacteur und Exminister, der Samstag noch im Reichstage war, ist auch entwichen. Ganz Wien spült Flug und Ohr nach Deutschland! Frankfurt muß zur Besinnung kommen, die schlechten Vertreter durch neue Wahlen ersetzt werden. Es gilt die Einheit des Vaterlandes. — Von Latour hat man wichtige Briefe in Beschlag genommen, die morgen schon im Druck erscheinen. Als Pendant zu der aufgefundenen Correspondenz Jellacic's beleuchten sie immer gleicher das schöne Project der Hspartel. — Gestern hat sich der neugewählte Gemeinderath, so wie der Verwaltungsrath der National-Garde permanent erklärt. Die Revolution kostete 130 Militairs, darunter General Bredl, Oberlieutenant Klein, Oberleut. Abel von Nassau und Herrn Latour, dann 160 Garden und sonstigen Bürgern das Leben. Möge nicht umsonst dies Blut geflossen sein!

Heute war wieder Börse; auch die Läden sind geöffnet, die Barrikaden werden beseitigt, das Pflaster in den Straßen hergestellt. Die Bank wird, wie man sagt, ein Respiro bis 11 für die fälligen Wechsel einräumen.

N. S. So eben, 4 Uhr, Generalmarsch. — Jellacic soll eine Stunde entfernt sein. Man ist seiner gewärtig.

Völker Oesterreichs!

Die Folgen verhängnisvoller Ereignisse drohen den kaum begonnenen Grundbau unseres neuen Staatsgebäudes zu erschüttern.

Der aus der freien Wahl der Völker Oesterreichs hervorgegangene constituirende Reichstag erkannte in den ersten Stunden des 6. October die heilige Pflicht, die er den Völkern gegenüber zu erfüllen, und die schwere Verantwortlichkeit, die er vor der Mit- und Nachwelt zu tragen hat.

Als das Band der geselligen Ordnung zu zerreißen drohte, bemühte sich der Reichstag, Kraft seiner Völkervollmacht und durch Verständigung mit dem Volke von Wien, der Reaction wie der Anarchie entgegen zu wirken. Er erklärte sich selber für permanent und wählte zugleich aus seinen Mitgliedern einen permanenten Ausschuss zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Aber der constituirende Reichstag hielt auch die Stellung fest, die er dem constitutionellen Throne gegenüber einnimmt und jederzeit unerschütterlich einnehmen wird. Er entsendete eine Deputation an Seine Majestät den constitutionellen Kaiser, um im innigsten Verbande mit dem allerhöchsten Träger der Souveränität die Wünsche des souveränen Volkes zu erfüllen und dessen heilige Interessen zu wahren. In stets bewährter Herzensgüte waren Seine Majestät sogleich geneigt, die Männer, welche das Vertrauen des Volkes verloren hatten, aus dem Ministerium zu entlassen, die Bildung eines neuen völkthümlichen Ministeriums zu verfügen und die aufrichtigste, den Interessen aller Völker Oesterreichs wie den Zeitbedürfnissen entsprechende Verathung der Angelegenheiten des großen Gesamtwaterlandes zuzusichern.

Leider wurden Se. Majestät am 7. October zu dem tiefbeträgendwerthen Entschlusse bewogen, sich aus der Nähe der Hauptstadt zu entfernen.

Dadurch ist das Vaterland, ist das Wohl und die so herrlich errungene Freiheit unseres hoch berufenen Vaterlandes abermals in Gefahr, Rettung und Erhaltung der höchsten Güter des Bürgers und des Menschen ist nur dadurch möglich, daß das Volk von Wien, daß alle österreichischen Völker, die ein Herz für ihr Vaterland haben, wieder jene thatkräftige politische Besonnenheit und jenen hochherzigen Edelmuthe beweisen, wie in den Tagen des Mai.

Völker Oesterreichs! Volk von Wien! Die Vorsehung hat uns einen eben so hohen als schwierigen Beruf angewiesen, wir sollen ein Werk vollbringen, welches, wenn es gelingt, alles übertreffen wird, was die Weltgeschichte Großes und Herrliches aufzuweisen hat; wir sollen einen politischen Staatsbau auführen, der verschiedene Völker zu einem brüderlichen Völkerstaate vereinigt, dessen unerschütterliche Grundlage das gleiche Recht, dessen Lebensprincip die gleiche Freiheit aller sein soll.

Völker Oesterreichs! der Reichstag ist fest entschlossen, für diesen hohen Beruf das Beste zu thun; thuet auch Ihr das Eure. Euer Vertrauen hat uns berufen, nur durch Euer Vertrauen sind wir stark. Alles, was wir sind, sind wir durch Euch, und wollen wir für Euch sein!

Dem Gebote der Nothwendigkeit und dem Gesetze der constitutionellen Monarchie folgend, hat der constituirende Reichstag heute folgende Beschlüsse gefaßt:

a) Daß die Minister Doblhoff, Hornbostl und Krauß die Geschäfte aller Ministerien führen, nicht nur für die Ordnung in dieser Geschäftsführung Sorge tragen, sondern auch durch Beilegung neuer Kräfte den Erfolg derselben sichern, endlich Se. Maj. den Vorschlag der neu zu ernennenden Minister schleunigst vorlegen, und sich mit dem Reichstage in ununterbrochener Verbindung erhalten.

b) Sei eine Denkschrift an Sr. Maj. aus Anlaß höchst Ihres Manifestes zu erlassen. Darin soll der constitutionelle Kaiser über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt, und ihm aus ehrlichem Herzen die Versicherung gegeben werden, daß die aufrichtige Liebe der Völker unerschütterlich für ihn ist.

Völker Oesterreichs! Europa blickt mit Bewunderung auf uns und die Geschichte hat unsere Erhebung zur Freiheit unter ihre glänzendsten Thaten eingereiht. Bleiben wir uns selber getreu. Halten wir unerschütterlich fest an der Achtung vor dem Gesetz, an der constitutionellen Monarchie, an der Freiheit. Gott schütze Oesterreich!

Wien, am 7. October 1848.

Vom constituirenden Reichstage.

Franz Smolka,
erster Vice-Präsident.

Carl Wiser,
Schriftführer.

Wien. [Sitzung des constituirenden Reichstages vom 8. October. 11 Uhr Vormittag.] Turko liest eine Stelle aus der »östr. Zeitung« in der ausgedrückt ist, daß der Reichstag beschlossene hätte, den Erzherzog Ludwig und die Erzherzogin Sophie vom Hofe zu entfernen. Dies ist ein unwahres Factum, und dürfte üble Wirkung in den Provinzen hervorbringen. Er achtet die freie Presse und bedauert, daß eine solche Unwahrheit in einem so verbreiteten Blatte sich finde. Er beantrage eine offizielle Berichtigung und Zurückhaltung derjenigen Exemplare, die noch nicht abgegangen. Smolka drückt aus, daß seiner Ansicht nach diese Schritte nicht nothwendig seien. Dieses in der Kammer angeregte Factum werde hinreichen, um die Journalistik aufmerksam gemacht zu haben, und sie wird sich

gewiß beeilen, einen Irrthum zu berichtigen. Für diese richtige Ansicht des Präsidenten wird ihm allgemeiner Beifall gezollt. Löhner berichtet, daß er bereits Schritte zur Berichtigung gethan, und daß in Kürze ein Extrablatt erscheint, welches den Irrthum berichtigt. Es entspannen sich hierauf Debatten über die Langsamkeit der »Wiener Zeitung« in den letzten Reichstagsberichten, so wie über die Verbreitungsart des angenommenen Reichstagsmanifestes. Burscher meldet, daß er mit dem jetzigen Redacteur der »östr. Zeitung« gesprochen, und daß ihm dieser gesagt, daß er die bekannte irrtümliche Nachricht nicht von dem gewöhnlichen betrauten Berichterstatter erhalten, sondern von einem nur zufällig benützten, erhielt. Er werde den Irrthum so schnell als möglich berichtigen und stelle sich dem Reichstag mit seinem Organe ganz zu Diensten. Beifall. Jellacic stellt den Antrag, die verbreitetsten Blätter mögen angegangen werden, die stenographischen Berichte vom 6. und 7. mittheilen. Angenommen.

Der Präsident ernennt die Uebersetzer des Reichsmanifestes in die österreichischen Volkssprachen.

Sasklebsch (ruthenisch), Prato (italienisch), Jischewich (ukrainisch), Bed (böhmisches), Wokoski (polnisch), Ambrosch (kroatisch).

Willersdorf legt den Antrag vor, man möge an die abwesenden Deputirten die Aufforderung stellen, in diesem wichtigen Momente sich an ihrem Plage einzufinden, oder die Gründe ihrer Entfernung anzugeben.

Der Präsident meldet, daß Ähnliches vom permanenten Ausschusse vorliegt.

Borrosch bringt den Antrag vor. Er lautet:

1) Der Reichstag, der ohnehin zur Beendigung der Verfassung unaufkösbar ist, erklärt sich unter keiner Bedingung selbst aufzulösen und seiner Pflicht vollständig nachzukommen. Wird ohne Debatte einstimmig angenommen. (Bravo im Saale und auf den Gallerien.)

2) Der Reichstag ist ein unaufkösbares Ganzes und vertritt alle Völker Oesterreichs, die ihn beschickt haben. (Ohne Debatte einstimmig angenommen.)

3) Der Reichstag ist durch Manifest vom 6. Juni und vom freien Volke durch freie Wahl berufen, allein das constitutionelle legale Organ der Einigung zwischen dem Monarchen und der Volkssouveränität, zur Wahrung der unverkürzten Volkssouveränität und des kaiserlichen Thrones. (Angenommen.)

4) Der Reichstag besteht aus freien Vertretern des souveränen Volkes, der keinen Vertreter einen moralischen Zwang zum Bleiben auferlegt. Angenommen.

5) Der Reichstag wird auf dem constitutionell legalen Boden fest beharren, um von hier aus mittelst constitutionell legaler Maßregeln das Vaterland, die Rechte des Volkes und des Thrones zu wahren. Angenommen.

6) Der Reichstag fordert alle Mitglieder, die ohne oder mit Urlaub abgereist sind, sich längstens binnen 14 Tagen einzufinden.

Uchazl will den Zusatz: »widergenfals das Ministerium neue Wahlen ausschreiben wird.«

Borrosch will das verschoben wissen, da oben von keinem moralischen Zwange die Rede ist. Er ist gegen jede Beschränkung der persönlichen Freiheit dieser Versammlung. Selinger will statt 14 Tage bloß »unvergänglich« gesetzt haben. Jischhof will die Anzahl der antworfenden Deputirten gezählt und angegeben wissen, damit in den Provinzen nicht die Meinung auftauche, es sei eine kleine Anzahl vorhanden. Wird angenommen. Der Präsident theilt mit, daß er schon zu Anfang der Sitzung 221 gezählt habe. Es wird neuerdings abgezählt werden. Ein Abgeordneter will Namensaufruf. Preßl protestirt dagegen, es sei ein moralischer Zwang. Wird darum auch verworfen. Ein Abgeordneter beantragt statt »abgereisten« »abwesenden« in den 6. Punkt zu setzen. Angenommen sammt dem ganzen Punkte, nachdem mehrere Zusätze abgelehnt wurden. Von den Abstimmungen wurden die Uebersetzungen in verschiedene Sprachen vorgetragen. Der Präsident verliest hierauf eine angelangte Eingabe des ersten Wiener Arbeitervereins, in welchem der Dank an die hohe Reichsversammlung für ihre Thaten ausgedrückt wird, und sich die Arbeiter, denen es um Aufrechterhaltung der Freiheit und Gerechtigkeit zu thun ist, ihm ganz zur Verfügung stellen. Allgemeine Aclamation. Umlauf beantragt Rundgebung dieser Adresse, damit die Provinzen sehen, welcher Geist die Bevölkerung besele. Angenommen. Der Präsident theilt mit, daß heute 251 Mitglieder nach genauer Zählung anwesend sind. Dies wird über die Proclamation gesetzt werden. Borrosch's Antrag wird nun als Ganzes ein-

stimmig angenommen. Porrosch's zum Beschlusse erwachsener Antrag wird in alle Sprachen übersetzt werden.

Die Sitzung wird (halb 1) auf eine Stunde vertagt. Nachmittags-Sitzung 8. October. Der Präsident theilt mit, daß eine Deputation aus Brünn angelangt, welche ihr Creditiv vom Provinzial-Landtagspräsidenten ausgestellt, ihm übergeben hat. Er verliest es. Es enthält, daß die Brünnener sehr bestürzt über den Mangel telegraphischer Nachrichten seien, und darum diese Deputation geschickt haben, um sich beim Reichstage authentische Nachrichten zu holen. Sie wollen ihre ganze Kraft der gesetzlichen Ordnung und der Freiheit widmen.

Allgemeine Acclamation. Die Brünnener bitten noch um Herstellung des Telegraphen, um schnellsten Nachrichten zu erhalten. Der Präsident überweist dies letztere dem Minister Hornbostel. Prato verliest als Berichterstatter des Wohlfahrtsausschusses demselben von dem Minister übergebene Actenstücke aus der Stadt Preßburg. Die Stadt Preßburg berichtet, daß Jellacic zwischen Wieselburg und ungarisch Altensburg lagere und angezeigt habe, daß er über Preßburg zu gehen beabsichtige. Die Preßburger haben die Schiffsbrücke abgebrochen, und da der Banus ihnen droht, die Stadt in den Grund zu schleßen, so bitten sie nun um Beistand, umsonst, da sie die Zurücknahme des Manifestes auf Ansuchen des Reichstages erfahren. Der Ausschuss meint, da der Banus dem hiesigen Ministerium nicht unterstehe und die Würde des Königs von Ungarn von der des Kaisers von Oesterreich getrennt sei, so möge der Reichstag durch das Ministerium dem Banus kundgeben, daß S. M. ein neues Ministerium zu bilden beauftragte und diesem die Angelegenheiten des Gesamtvaterlandes zu schlichten übertrug. Durch diese Feindseligkeiten greife er den Verhandlungen vor, und er möge sich daher ruhig verhalten. Das Ministerium beantragt, dem Kaiser einen Widerruf des Manifestes zur Unterzeichnung vorzulegen. Wienkowski meldet, daß er aus sicherer Quelle weiß, daß der ungarische Ministerpräsident abgedankt hat, und vom Kaiser ebenfalls die Zurücknahme des Manifestes erbittet. Neuwahl will, daß man zugleich an das ungarische Ministerium das Ansuchen stelle, die Feindseligkeiten einzustellen. Wilebski stimmt für den Antrag des Ausschusses. Sierakowski stellt den Antrag: 1) das Ministerium aufzufordern, den Wunsch des Reichstages dem Kaiser vorzulegen, der dahin geht, das Bombardement zu verhindern. 2) Den Banus von dieser Verfügung in Kenntniß zu setzen und ihn zu ersuchen, mit dem Bombardement einzuhalten, bis ein Beschluß Seiner Majestät erfolgt. Prato meint, daß der Reichstag nicht berechtigt sei, dem König von Ungarn Rath zu ertheilen. Auch könne er hier nicht die Vermittelung ergreifen, weil er nicht von den Parteien aufgefordert ist. Wenn der Reichstag die Sache Preßburgs dem Kaiser übermittle, so geschehe dies, weil die Stadt Hilfe angefleht. Wientchikowski entgegnet während der Debatte über Sierakowski's Antrag, daß es unter der Würde der Kammer sei, beim Banus um etwas nachzusuchen. Sierakowski's Antrag fällt. Neuwahl's Antrag bleibt ebenfalls in der Minorität. Der Antrag der Commission wird angenommen. Wiersdorf verliest hierauf eine Adresse an den Kaiser, welche die Sachlage, so wie das Geschehene

ausdrückte, und ihm die Bitte des Volkes vortrage, daß er zurückkehre, damit kein Bürgerkrieg ausbrechen, und das Werk der Verfassung zu Ende gebracht werde. Die Adresse wird nach einer kleinen Verbesserung, statt »das Volk soll sich um den Thron schaaren,« — »das Volk will,« angenommen. — Schuselska verliest ein Schreiben des Commandanten Auersperg, worin er bedauert, daß nach Uebergabe des Zeughauses dasselbe fast geplündert und historische Schätze ruiniert wurden; ebenso das Waffen in die Hände eines Theiles der Bevölkerung gelangten, welche nicht zur Garde gehören, und daher einen gefährlichen Mißbrauch erwarten lassen. Er habe inventarisch die Waffenschätze den Deputirten übergeben, und macht sie daher verantwortlich. Schuselska thut dar, daß die Abgeordneten mit Gefahr ihres Lebens Alles thaten, um solche Waffenabnahme zu verhindern, die Zeit war aber zu drängend, sowohl eine factische Uebernahme auszuführen, als das Volk vom Eindringen zu hindern. Des andern Tages sei auf Erlaß des Reichstages ohnehin das Zeughaus geschlossen worden. Commandant Auersperg nimmt es nebst dem übel, daß der Reichstag eine Vertheidigungs-Commission niedergesetzt, indem dies nicht mit seiner Stellung verträglich sei. Der Ausschuss hat geantwortet, daß bei der friedlichen Gesinnung, die der Reichstag dem Commandanten kundgegeben, von einem Kampfe seinerseits nicht die Rede sei, daß man aber Wien und dem Reichstage nicht übel nehmen könne, daß er bei den Gerüchten von Angriffen auf Vertheidigung gedacht habe.

Minister Hornbostel langt an und meldet, daß er soeben ein Handbillet Sr. Majestät erhalten. Es lautet:

Lieber Hornbostel!
Ich fordere Sie auf zur Gegenzeichnung Unserer Verordnungen und in Unser Hoflager zu begeben.

Siegwardskirchen den 8. October 1848.
Hornbostel glaubt den Befehlen Sr. Majestät nachkommen zu müssen. (Acclamation.)

Präsident Smolka beauftragt den Herrn Minister, die früher angenommene Adresse Sr. Majestät zu überreichen.

Sierakowski stellt den Antrag, der Reichstag beschließt, Wien nicht zu verlassen, bis Sr. Majestät nicht zurückgekehrt sei. Demel fragt, wie sich dies mit dem heute angenommenen Punkt gegen den moralischen Zwang verträgt und bittet um Motivirung. Sierakowski sagt: Ich werde den Antrag nicht begründen; wer ja sagen will, sage ja; wer nein sagen will, sage nein. Popiel sagt, daß ein solcher Antrag voraussetze, daß Jemand daran denke, Wien zu verlassen; dies sei gewiß nicht der Fall. Hierauf geht mau auf Antrag zur Tagesordnung. Das Handbillet Sr. Majestät wird dem Commandanten Auersperg mitgetheilt, so wie auf Antrag Löhners der Bevölkerung. Die Adresse des Kaisers wird in alle Sprachen übersetzt werden. Die Sitzung wird aufgehoben. Morgen ist Berathung in den Abtheilungen wegen der Grundrechte. Sollte eine Vollberatung nothwendig werden, so dürfen sich die Abgeordneten bloß aus den Abtheilungen in den Saal begeben.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.
— Die Grenadiere, welche schon vorgestern für die Volkssache kämpften, haben sich aus freier Wahl Führer

und zwar zu ihrem Hauptmann den ehemaligen Lieutenant Kuchensacker gewählt. Sie sind auf der Aula einquartirt. Vom Regimente Heß hat sich ein Bataillon zur Verfügung des Reichstages gestellt, ebenso andere Abtheilungen des Militärs, Gemeine und Officiere. Das Grazer Studentencorps, Semmeringer Arbeiter, die Nationalgarde benachbarter Ortschaften ist ebenfalls hier eingetroffen.

Es geht das Gerücht, daß Sr. Majestät auf Veranlassung der Wien zu Hilfe eilenden Landbewohner sich entschlossen habe seine Reise nicht weiter fortzusetzen.

X Wien, Montag am 9. October. Hornbostel ist aus dem Hoflager des Kaisers nachmittags 2 Uhr zurückgekehrt. Die heutige Abend Sitzung wird seine Mittheilung über seine Sendung übernehmen. — Von den böhmischen Deputirten sind noch 20 hier, die übrigen kehrten nach Böhmen zurück. — Alle jene, welche Waffen aus dem erstürmten k. k. Zeughaus genommen haben, versammeln sich um eine Reserve- und Arbeitergarde zu bilden. — Die eroberten Kanonen sind auf der Aula aufgestellt. — Der Arbeiterverein hat an den Reichstag schriftlich die Erklärung abgegeben, daß er von dem Wunsche befehl sei, die Beschlüsse des Reichstages nach Kräften zu unterstützen, und daß jeder Arbeiter nur für das Wohl des Gesamtvolkes beitragen, keineswegs aber, wie die Reaction zu verbreiten suchte, das Eigenthum der Besizenden plündern wolle. Der Reichstag hat diese Denkschrift wohlgefällig aufgenommen und wird dieselbe zur Ehre der Arbeiter durch Placate veröffentlicht. — Man war heute eben daran, die Barrikaden wegzuräumen, als sich die betrübende Nachricht verbreitete, der Banus Jellacic habe die ungarische Grenze bereits überschritten und befinde sich auf unserem österreichischen Boden; dem zufolge alle Vertheidigungsmaßregeln in ihrer Form ungestört blieben. — Uebrigens soll Kossuth bereits in Preßburg angekommen sein. — Der fliehende Kaiser wurde in Siegwardskirchen, 5 Stunden außer Wien, wo er mit einer Kanonen- und Kavalleriebedeckung, die einer kleinen Armee ähnlich sah, ankam vom Landsturm angehalten und in seiner Weiterreise energisch gehindert.

R Breslau, 10. October. Wir erhalten noch weiter gehende Berichte über den Reichstag, als die oben mitgetheilten. Um 2 Uhr schickte der Reichstag eine Deputation an den Kaiser, damit derselbe dem Banus Jellacic den Befehl zum Rückzuge ertheilen solle. Um 3 Uhr ertheilt der Reichstag dem Grafen Auersperg den Auftrag, die versammelten Truppen in ihre Kasernen zu entlassen.

Die Kroaten sind in der Nähe von Schwalbendorf gesehen worden, durchaus ziellose Jorden.

Der Sicherheits-Ausschuss erhält den Auftrag, Wien in Vertheidigungszustand zu setzen.

Um 4 Uhr. Jellacic ist nur noch eine Meile von Wien entfernt. Es wird Alarm geschlagen.

Von Reisenden, welche aus Wien flüchteten, werden die obigen Nachrichten bestätigt. Einer derselben versicherte, daß viele Landleute gegen Wien im Anzuge wären. Jedoch wollte derselbe letztere Nachricht keineswegs verbürgen.